

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Ohne Frauen keine Entwicklung

Andrew Mason, ein Wirtschaftswissenschaftler der Weltbank, hat die mangelnde Präsenz von Frauen in den Parlamenten und politischen Kommissionen der pazifischen Inselstaaten beklagt. Der eklatante Frauenmangel in den politischen Führungsetagen der Pazifikstaaten verhindere die Entwicklung, erklärte Mason.

Mit der Geschlechterungleichheit gingen volkswirtschaftliche Kosten einher. Je weniger Frauen es in den Führungspositionen gäbe, desto höher seien die Ausgaben für die Entwicklungshilfe. Das müsse man den politischen Entscheidungsträgern der Region jedoch erst noch vermitteln. Als erste Maßnahme müsse man die Bildungschancen für Frauen erhöhen und sie befähigen, sich politisch und wirtschaftlich zu engagieren.

*Info:* In den wenigen Pazifikstaaten, in denen Frauen im Parlament und im Kabinett sitzen, beträgt die Frauenquote unter 3 %.

Andrew Mason arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler für die Region Lateinamerika und Karibik bei der Weltbank. Er ist Autor des soeben veröffentlichten Untersuchungsberichtes über die Entwicklung durch Geschlechtergerechtigkeit in der Politik „Engendering Development - Through Gender Equality in Rights, Resources, and Voice.“

(<http://info.worldbank.org/etools/docs/library/79646/Dc%202003/courses/dc2003/presenters/mason.html>, Radio NZ. Intern. 09.11.11)

### Pseudo-Frauen-Parlamenten tagen pazifikweit

Ergebnisse eines Workshops zur Verbesserung der Teilnahme von Frauen in der Politik haben in diesem Jahr zu zahlreichen

Pseudo-Sitzungen von Frauenparlamenten geführt. Bei einem Treffen des „Forum Smaller Islands States“ im vergangenen Jahr hatten die Vertreter der kleinen pazifischen Inselstaaten auch einen Workshop mit dem Titel „Advancing Women’s Participation in Decision Making Processes“ abgehalten. Ergebnis dieses Workshops war es, in einigen Inselstaaten Parlamentsitzungen mit rein weiblichen Parlamentsmitgliedern zu simulieren. Dabei sollten die Frauen wenn möglich keine oder nur geringe Ahnung vom politischen Tagesgeschäft haben, sich aber wie in einer „echten“ Parlamentsitzung mit verschiedenen Themen und Gesetzesvorlagen beschäftigen. Das erste so genannte „Mock Parliament“ fand vom 8. bis zum 9. August in Kiribati statt, das nächste vom 29. August bis zum 2. September auf den Marshallinseln.

In Majuro waren Workshop und Parlamentsitzung von der Organisation „Women United Together Marshall Islands“ vorbereitet und durchgeführt worden. In der Vorbereitung auf die Sitzung beschäftigten sich die Frauen mit Verhaltensregeln, der parlamentarischen Sprache, den Diskussions- und Abstimmungsmodalitäten und den Möglichkeiten von Nachfragen. An den vorbereiteten Workshops nahmen zur Unterstützung auch „echte“ Parlamentarier teil. Die eigentliche Sitzung, in der es u.a. um vorbeugende Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen ging, fand dann im „echten“ Parlamentsaal „Nitijela Chamber“ statt. An dieser reinen Frauen-Sitzung nahmen mit der Senatorin des Kwajalein-Atolls, Jeban Riklon, und der Ministerin Amenta Matthew zwei „echte“ Parlamentsmitglieder teil. Sie zeigten sich begeistert von dem Engagement und der Ernsthaftigkeit der 27 „Parlamentarierinnen“.

Ende September trafen sich 14 Frauen in Palau zu einer simulierten Sitzung des Kongresses „Olbiil Era Kelulau“. An dieser simu-

lierten Parlamentsitzung nahmen jedoch auch Frauen teil, die bereits Politik gemacht haben, so zum Beispiel Laura Miles, die ehemalige Gouverneurin des palauischen Bundesstaates Sonsorol. Nach einer dreitägigen Vorbereitungszeit beriefen die Frauen das Parlament ein und diskutierten über zuvor festgelegte 13 Tagesordnungspunkte. So ging es u.a. um die Verkehrspolitik für die „Outer Islands“, um das Fehlen eines verbindlichen Lehrplanes, um die Fortsetzung der „National Youth Policy“ sowie um die Stärkung einer Ombudsmann-Kommission zur Bekämpfung der Korruption.

Die „echte“ Parlamentarierin, Honourable Faustina Rehuber-Marugg, Ministerin für Gemeinde und Kultur, erklärte, die Pseudo-Parlamentarierinnen hätten sich wie in einer echten Sitzung verhalten. Der ganze Prozess habe ihnen ermöglicht, in eine Männerdomäne einzubrechen. Rehuber-Marugg, unter deren Schirmherrschaft das Pseudo-Parlament tagte, sagte, das Training habe den Frauen Einblicke in den politischen Alltag verschafft und sie ermutigt, sich selber politisch zu engagieren. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum 23.09.11, Marshall Islands Journal 09.09.11*)

### Homosexualität weiter illegal

In Samoa, den Salomonen und in Papua-Neuguinea bleibt Homosexualität weiter ein Strafbestand. Das haben die Regierungsvertreter dieser Staaten gegenüber dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen kundgetan. Dem vorangegangen war ein „Review“ des „Human Rights Council“ der Vereinten Nationen. Verschiedene Organisationen im Pazifik betrachten die Ausübung von Sexualität in jeder Form als Menschenrecht und fühlen sich durch das – im Volksmund - „Anti-Schwulen-Gesetz“ benachteiligt. So erklärte der Koordinator der AIDS-Hilfe in Papua-Neuguinea, Stuart Watson, lesbi-

sche, schwule, bisexuelle und transgender Menschen müssten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Personen. Das Gesetz gegen Homosexualität sei ein Relikt aus der Kolonialzeit, beklagte Watson. Nichtsdestotrotz sei man sich der „kulturellen und religiösen Empfindlichkeiten“ in den pazifischen Kulturen bewusst, meinte Watson weiter. (Australia Network News 21.10.11, <http://www.globalgayz.com/1>)

## Neues Netzwerk für Menschenrechte

Am 31. Oktober wurde im Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ in Suva (Fidschi) das „Pacific Islands Lawyers for Human Rights Network“ gegründet. Zum Geschäftsführer des Netzwerkes wurde Russell Kun gewählt, Generalstaatsanwalt der Marshallinseln.

Dem Netzwerk von Rechtsanwälten und Juristen geht es um die Bewußtseinsmachung für Verbrechen gegen die Menschenrechte sowie um die Aufdeckung von Fällen, in denen Menschenrechte verletzt wurden. Einige Mitglieder des Netzwerkes haben zuvor bereits ehrenamtlich in Menschenrechtsfragen beraten und Kläger vor Gericht unterstützt.

Von dem neuen Verbund verspricht sich Kun eine bessere pazifikweite Vernetzung bei ähnlichen Menschenrechtsverletzungen. Man könne sich gegenseitig beraten und unterstützen, erklärte der Anwalt. Für die Bevölkerung soll die Inanspruchnahme des Netzwerkes weiterhin kostenfrei bleiben. Man wolle den Menschen ihre Rechte verdeutlichen, hieß es aus dem Kreis der Teilnehmenden.

Obwohl das Netzwerk gerade erst aus der Taufe gehoben wurde, haben sich ihm bereits einige renommierte Juristen angeschlossen, so z.B. ein Richter vom Obersten Gericht aus Samoa, eine Richterin aus Tonga, ein Anwalt aus Nauru, der Men-

schenrechtsbeauftragte des Pacific Islands Forum und eine Rechtsberaterin der South Pacific Commission. (Marshall Islands Journal 18.11.11)

## Großes Haischutzgebiet eingerichtet

Anfang Oktober haben die Marshallinseln ihre territorialen Gewässer zum Haischutzgebiet deklariert. In der 1.990.530 Quadratkilometer großen Zone ist das kommerzielle Fischen von Haien ab sofort bei hohen Geldstrafen verboten. Sollte ein kommerzielles Fischfangboot zufällig einen Hai fangen, muss dieser lebend ins Meer zurückgeworfen werden. Unter Strafe verboten wurde auch der Verkauf von Haien und Haiprodukten. Zwischen 25.000 und 200.000 US-Dollar Strafgebühren müssen diejenigen zahlen, die in Besitz von Haiflossen sind. Verboten wurde ebenfalls das Fangen mit Drähten, der für Haie tödlichsten Fischfangmethode.

Die Regierung der Marshallinseln legte zusätzlich fest, dass alle Fischfangflotten ihre Fänge in einem Hafen anzeigen müssen.

Der endgültigen Einrichtung des Schutzgebietes waren monatelange Vorbereitungen vorausgegangen. So hatte die „Marshall Islands Marine Resources Authority“ bereits im März des Jahres ein Moratorium auf den Haifischfang erlassen. Im Juni hatte der Präsident der Marshallinseln, Jurelang Zedkaia, gemeinsam mit anderen Regierungsvertretern mikronesischer Staaten beschlossen, ein „Micronesia Regional Shark Sanctuary“ einzurichten. Im Juli hatten sich dann die Bürgermeister der 24 bewohnten Inseln der Marshallinseln entschlossen, die Einrichtung des Schutzgebietes als Gesetzesvorlage in das Parlament Nitijela einzubringen. Hier stimmten die Parlamentarier einstimmig ab.

Senator Tony deBrum vom Kwajalein-Atoll erklärte, zwar seien

die Marshallinseln mit rund 67.000 Einwohnern ein kleiner Staat, aber ihre Wasserfläche sei eines der größten Haischutzgebiete der Erde.

Damit gesellen sich die Marshallinseln zu dem illustren Kreis der Staaten, die den so genannten „Gold-Standard“ im Haischutz halten. Es handelt sich im Pazifik um die Staaten Palau und Tokelau. Hinzu kommen die Malediven, Honduras und die Bahamas. (Pressemitteilung Global Shark Observation 02.10.11, <http://www.australiannews.net/story/854689>)

## Klimawandel-Tour durch Amerika

TänzerInnen und SängerInnen aus Tokelau, Tuvalu und Kiribati haben mit ihrer Performance „Water is Rising. Music and Dance amid Climate Change“ bei einer Amerika-Tournee auf die Gefahren des Klimawandels für ihre niedrig gelegenen Inseln aufmerksam gemacht.

Auf Einladung der emeritierten Professorin für „World Arts and Cultures“, Judy Mitoma von der „University of California, Los Angeles“ (UCLA), war die Delegation aus Lehrern, Fischern, Hausfrauen und Schweinezüchtern im Alter von 18 bis 65 Jahren zunächst an die UCLA gekommen, wo sie das von Mitoma produzierte Musical in der Royce Hall von Los Angeles aufführte. Anschließend reiste die Gruppe 42 Tage lang quer durch Amerika und führte ihr Stück nicht nur vor Studenten, sondern auch in Museen und in regierungseigenen Einrichtungen auf.

Die 35 Teilnehmer der trinationalen Gruppe wählten traditionelle Tänze und Gesänge aus ihren Heimatländern, um zu demonstrieren, welch herber Verlust der Welt droht, sollten die Inseln eines Tages buchstäblich im Meer versinken. Mit dem Untergang der Inseln gingen auch die Traditionen der dort lebenden Völker verloren.

Professorin Mitoma hatte sich 2009 entschlossen, in den USA auf die Gefahren des Klimawandels für die pazifischen Inselstaaten aufmerksam zu machen. Im Dezember 2009 hatte sie den Beitrag Tuvalus zur Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Fernsehen verfolgt und war begeistert von den Tänzen und Gesängen. Als ehemalige Direktorin des „Center for Intercultural Performance“ entwickelte Mitoma dann die Idee einer Aufführung mit Angehörigen von Inselstaaten, die von den Folgen des Klimawandels bereits heute akut betroffen sind.

In einem mühsamen Prozess erhielt Mitoma die Erlaubnis der Regierungen von Tuvalu, Tokelau und Kiribati, dort Teilnehmende für ihr Projekt anzuwerben. Sie musste zunächst offizielle Stellen davon überzeugen, dass es ihr nicht um die kommerzielle Ausbeutung der Pazifikinsulaner ging. Durch die Teilnahme an mehreren Festivals im Pazifik konnte die Kunstprofessorin und Direktorin der „Foundation of World Art“ Ideen für ihr eigenes Script sammeln und so entstand schließlich „Water is rising“.

Bei der Premiere des Musicals in der Roye Hall erklärte Glen MacDonald, Direktor des „Institute of Environment and Sustainability“ an der UCLA, mit diesem Projekt sei erstmals eine Brücke zwischen Theorie und Praxis geschlagen worden. Seine Studenten hätten nun die Gesichter hinter den dünnen Fakten zum Klimawandel gesehen und erlebt. Es sei etwas ganz anderes, ob man sich im Hörsaal Grafiken zu den Folgen des Klimawandels anschau, oder ob man mit Betroffenen sprechen könne, die die Auswirkungen am eigenen Leib erlebten. Diese erste Zusammenarbeit zwischen den Fakultäten für Kunst und Umwelt an der UCLA sei wegweisend für die Zukunft, erklärte MacDonald. (*UCLA Today online, Pacific Beat 19.10.11*)

## Pazifische Journalisten besuchen USA

Journalisten aus dem asiatisch-pazifischen Raum gehören zu einer Delegation von 150 Journalisten aus der ganzen Welt, die am „International Visitor Leadership Program for Journalists“ der USA teilnehmen.

Das vom Außenministerium der Vereinigten Staaten jährlich durchgeführte „Edward R. Murrow Program for Journalists“ will Journalisten aus anderen Ländern die Möglichkeit geben, die Strukturen der USA auf politischer, zivilgesellschaftlicher und sozialer Ebene zu verstehen. Auch sollen die Journalisten eine freie Presse kennenlernen. Sie sollen die amerikanische Medienlandschaft, ihre Strukturen, Prozesse und Standards verstehen lernen.

Andererseits sollen die Journalisten aus dem Ausland ihre amerikanischen Kollegen über ihre Heimatländer und deren Medienlandschaft informieren.

Die 150 Journalisten sind in zehn mehrköpfige Regionalgruppen eingeteilt. Zu der englischsprachigen „East Asia Pacific-Group“ gehören Linny Folau von der tongaischen Zeitung „Matangi Tonga“, Jessica Hill, Hörfunkjournalistin bei der Australian Broadcasting Corporation, Julio Da Silva Guterres, der Direktor des Zentrums für investigativen Journalismus in Timor-Leste, Fnu Fitrizah vom SmartFM Radio Network aus Indonesien, Veronica Francis, eine freie Journalistin aus Papua-Neuguinea sowie weitere Journalisten aus Singapur und Thailand. (*Matangi Tonga 26.11.11*)

## Neuer MSG-Direktor

Peter Forau von den Salomonen ist neuer Geschäftsführer der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG, Mitglieder: Fidschi, Vanuatu, Papua-Neuguinea, Salomo-

nen, Partei FLNKS in Neukaledonien). Er wurde von den Vertretern der MSG während ihres Gipfeltreffens am 2. September in Nadi (Fidschi) gewählt. Forau ist Nachfolger von Rima Ravusiro aus Papua-Neuguinea, dessen Amtszeit im Juli geendet hatte.

Anfang September ist Forau nach Port Vila (Vanuatu) gezogen, wo sich das MSG-Sekretariat befindet.

Peter Forau hat einen Master-Abschluss in Entwicklungshilfe von der ANU in Canberra. Er war zuvor fünf Jahre Vize-Generalsekretär beim „Pacific Islands Forum“ sowie mehrere Jahre in der Verwaltung der RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) tätig. (*Fijilive 07.09.11, Solomon Star, 22.09.11*)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Tödliche Unruhen in Lae

Die Regierung der Provinz Morobe hat die Provinzhauptstadt Lae für die nächsten drei Monate zu einer sogenannten „Fighting Zone“ erklärt und Polizisten und Friedensfachkräfte in der Stadt zusammengezogen. Vorausgegangen waren gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Siedlern aus dem Hochland und Einwohnern der Stadt. Die Hochländer leben in (meist) illegalen Squatter-Siedlungen entlang des „Highlands Highways“, einer relativ gut ausgebauten Ausfallstraße in das Hochland. Bei den Kämpfen zwischen Siedlern und Einwohnern des Vorortes Bumayong starben neun Menschen. Mehr als 20 Personen wurden schwer verletzt.

Den Auseinandersetzungen war ein Protestmarsch entlang des Highways vorausgegangen. Die rund 1.000 Teilnehmenden hatten damit auf die hohe Zahl an Ge-

waltverbrechen in den illegalen Siedlungen am Highway aufmerksam machen wollen. Außerdem wollten sie auf die gefährliche Lage auf dem Markt in Eriku, dem Waren-Umschlagplatz für die Stadt und Zentrum des öffentlichen Nahverkehrs, hinweisen. Hier war vor einiger Zeit ein 13-jähriges Mädchen am helllichten Tag auf offener Straße vergewaltigt worden. Zur Verbesserung der Sicherheitssituation in Eriku verlangten die Protestteilnehmer die Verlegung des Zentralen Omnibusbahnhofs an einen anderen, sicheren Standort.

Die vor allem jugendlichen Demonstrierenden hatten ihre Forderungen in einer Petition niedergeschrieben, die sie an Provinzgouverneur Luther Wenge übergeben wollten. Sie trafen diesen jedoch nicht an. Die Teilnehmer der Demonstration wandten sich daraufhin an die zahlreich anwesenden Journalisten und beklagten sich über Wenge. Sie warfen ihm Unfähigkeit und Unwillen vor. Er kümmere sich nicht um das Gewaltproblem in den illegalen Siedlungen und in Eriku, hieß es. In den letzten Monaten sei es vermehrt zu Gewalt gegen Frauen, zu Einbrüchen und Diebstählen gekommen. Auch seien immer mehr Straßen-Gangs aus arbeitslosen jungen Männern entstanden. Das Straßenverkäufer-Wesen habe unhaltbare Zustände angenommen.

Die Situation eskalierte und die Protestierenden begannen, die Siedlungen am Straßenrand zu attackieren. Bei den Kämpfen wurden die Behausungen der Hochländer zerstört, rund 1.000 obdachlos gewordene Siedler suchten Zuflucht auf einem Militärgelände außerhalb von Lae, wo sie mit Nahrungsmitteln und Decken versorgt wurden.

Der örtliche Polizeikommandant ernannte die Stadt Lae zur „Fighting Zone“, was den Polizisten die Möglichkeit gibt, jederzeit Verdächtige ohne weitere Angabe von Gründen in Gewahrsam zu nehmen. Die in Lae stationierten

270 Polizisten wurden um 100 Beamte aufgestockt, zusätzlich wurden mobile Einheiten angefordert.

Kurzzeitig hatte die Nationalregierung überlegt, den Ausnahmezustand („State of emergency“) auszurufen zu lassen. Dann hätten in Lae lebende Entwicklungshelfer und kirchliche Angestellte aus Übersee evakuiert werden müssen. (*Radio NZ. Intern. 07.11.11, The Australian und ABC 08.11.11, Radio Australia 09.11.11, <http://www.wsws.org/articles/2011/nov2011/ppng-n16.shtml>*)

## Tausende freie Stellen

In Papua-Neuguinea gibt es mehr als 28.000 freie Stellen im Privaten und Öffentlichen Dienst. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Beratergesellschaft „ManTech Consultancy“. George Bobi, Leiter der Studie, erklärte, es gäbe nicht genug qualifizierte Personen zur Ausfüllung der offenen Stellen auf dem Arbeitsmarkt.

Bopi fand heraus, dass das Erziehungsministerium 11.726 offene Stellen hat, im Gesundheitsministerium sind 1.366 Stellen unbesetzt. In den Dienststellen der Regierung fehlen 12.950 qualifizierte Angestellte.

Bei den offenen Stellen im Öffentlichen Dienst handle es sich um Planstellen, erklärte Bopi. Diese seien im Haushaltsplan der Regierung fest vorgesehen, das Geld für die Gehälter sei also vorhanden. Es fehle aber an Menschen, die im Öffentlichen Dienst arbeiten wollten, beklagte der Berater.

Auch im Wirtschaftssektor seien Stellen unbesetzt. Bei den Energieversorgern seien 750 offene Jobs gemeldet, in der Immobilienwirtschaft 491.

Als Reaktion auf die Studie der Consultingfirma erklärte der neuguineische Premierminister Peter O'Neill, sein Land wolle die Arbeitskräfte-Mobilität innerhalb der Länder der „Melanesian

Spearhead Group“ unterstützen. Man benötige dringend hochqualifizierte Arbeitskräfte, vor allem hinsichtlich der Großprojekte im Minensektor und im Liquefied-Natural-Gas-Projekt. O'Neill will sich das „Volunteer Exchange Scheme“ Fidschis zum Vorbild nehmen. Über diese Freiwilligenschaft könne man relativ günstig an qualifiziertes Personal kommen. Dringend benötigt seien Mitarbeitende in der Verwaltung und im Gesundheitswesen, erklärte der Premier. (*Post-Courier 28.10.11, Solomon Star 06.09.11*)

## 15 Tote in Kainantu

Bei Klanstreitigkeiten im sogenannten „Banana Block“, einer illegalen Siedlung am Rande der Stadt Kainantu in der Provinz Östliches Hochland, sind Anfang Oktober 15 Menschen brutal niedergestochen worden. Augenzeugen berichteten von einem wahren Gemetzel. Mitarbeiter der Siebenten-Tags-Adventisten (STA), die sich freiwillig zur Bergung der Toten gemeldet hatten, zeigten sich schockiert ob der Brutalität der Fälle. Man könne und wolle nicht näher beschreiben, was die Täter den Opfern angetan hätten, sagte eine STA-Mitarbeiterin.

Der Streit zwischen den illegalen Siedlern und den Bewohnern von Kainantu-Stadt war eskaliert, als Angehörige der Agarabis sich unzufrieden über die Höhe von Kompensationszahlungen zeigten, die sie von den Kamanos für den Tod eines Jugendlichen bei einem Trinkgelage bekommen hatten. Die eigentlichen Bewohner von Kainantu, die Agarabis, entschlossen sich dann, ein für alle Mal mit den illegalen Siedlern aus anderen Landesteilen, überwiegend Angehörige der Kamano, „Schluss zu machen“ - wie Polizeichef Simon Kauba erklärte. Er und seine Männer konnten dem Gemetzel nur hilflos zusehen. Zur Vermeidung weiterer Tote habe er zwei mobile Polizeieinheiten nach Mount Hagen beordert und die Klanführer beider

Gruppen zu Friedensverhandlungen aufgefordert, erklärte der Polizeichef. (*Post-Courier, Pacific Beat* 03.10.11)

## Neun Tote in Porgera

Bei Klanstreitigkeiten in Porgera in der Provinz Enga sind Mitte Oktober neun Menschen ums Leben gekommen. Drei Menschen wurden schwer verletzt. Mit dem Volk der Nomali verfeindete Gruppen hatten im Morgengrauen 20 Häuser der Nomali am Karik-Airstrip nahe Porgera angegriffen und zerstört. Die Häuser waren Neubauten, die die Nomali vom Betreiber der nahegelegenen Mine als Kompensation für die erzwungene Umsiedlung bekommen hatten.

In Porgera brodelt es seit langem. Zu den Klanstreitigkeiten, in denen es um Kompensation für den Tod eines Menschen geht, gesellen sich die Querelen um die Umsiedlung. Der kanadische Bergbaukonzern Barrick Gold, der seit rund zwanzig Jahren die Porgera-Gold-Mine betreibt, lässt immer wieder Menschen innerhalb des Minengebietes umsiedeln. Zwar bekommen die Menschen dann moderne Wellblechhütten, doch das Zusammenleben auf kleinem Raum in festen Häusern birgt gesundheitliche Gefahren und gefährdet die Sozialstrukturen der diversen Landeignerverbände, hieß es seitens Jethro Tulin, einem Sprecher einer Landeignergruppe. Es fehle an fruchtbarem Land und sauberem Trinkwasser, man lebe wie in einem Slum, beklagte Tulin die Situation in den umgesiedelten Dörfern. Die Menschen werden nach Angaben von Tulin auch nur innerhalb des an den weltgrößten Goldproduzenten verpachteten Landes umgesiedelt. Das kanadische Bergbauunternehmen habe kein Konzept bei der Umsiedlung, sondern erbaue eher willkürlich neue Häuser. Nötig sei nach Meinung der Landeigner ein Besiedlungskonzept außerhalb des Minengebietes. Dort habe man Chancen auf sauberes Flusswasser und

fruchtbares Ackerland. Innerhalb des an Barrick verpachteten Landes seien die Böden ausgelaugt und die Flüsse durch Minenabräume verschmutzt. In einem Abkommen über die Umsiedlung hatten die Landeigner jedoch festschreiben lassen, dass sie so nah wie möglich an ihrem traditionellen Land bleiben dürfen. So kommt es, dass viele Dörfer im Verpachtungsgebiet (Special Mining Lease) trotz Gefahren von Umweltschäden, Bodenerosionen oder Schlammlawinen verbleiben.

Nach Konzernangaben engagiert sich Barrick in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur und fördert lokale Geschäfte in der Provinz Enga. Barrick ist auch Mitglied in der regierungseigenen Initiative „Restoring Justice“, die Recht und Ordnung im Hochland von Papua-Neuguinea stärken soll und finanziert in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen Workshops für Frauen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.

Die Porgera-Mine ist eine der größten Goldminen im Land. Ihre Erträge machen 11 % des Bruttoinlandproduktes von PNG aus.

(*Radio NZ. Intern. 12.10.11, Papua New Guinea Mine Watch 19.10.11, <http://www.barrick.com/>, <http://www.barrick.com/CorporateResponsibility/KeyTopics/PorgeraJV/default.aspx>*)

## Frauen im Parlament

Das Parlament hat auf seiner Sitzung vom 22. November 2011 das „Equality and Participation Bill“ verabschiedet. Es sieht vor, 22 der insgesamt 109 Sitze im Parlament für Frauen zu reservieren. Aus jeder der 22 Provinzen des Landes soll idealerweise eine Frau ins Parlament gewählt werden.

Das neue Gesetz wurde vor dem Parlamentsgebäude mit Tänzen und Gesängen gefeiert. Vertreter von Frauenorganisationen hatten vor dem Parlament ausgeharrt und zeigten sich begeistert über die lange diskutierte Entscheidung für das im Volksmund so genannte „Frauengesetz“. Die

Präsidentin des „National Council of Women“, Schola Kakas, sprach nach der Entscheidung von einem „a cry of the mothers of this nation“.

Die Parteiführerin der Partei „Die Grünen“, Dorothy Tekwie, erfuhr die Neuigkeit bei einem Workshop mit Frauen im Nordwesten des Landes. Ihre Teilnehmerinnen hätten spontan „Taim bilong ol meri“ (dt. Jetzt ist die Zeit aller Frauen gekommen) skandiert, berichtete die Politikerin später den Medien.

Die Abstimmung der Parlamentarier war unter Tumulten vonstatten gegangen. Die Zuhörerinnen auf der Tribüne des Parlaments hatten die Abstimmenden lautstark angefeuert. Letztendlich kam das Gesetz mit 72 Stimmen bei zwei Gegenstimmen durch, wobei etliche Parlamentarier kurz vor der Abstimmung aus Protest den Saal verlassen hatten oder zu dieser Sitzung erst gar nicht gekommen waren.

In den letzten 36 Jahren saß nur viermal eine Frau im Parlament. Derzeit ist immer noch die aus dem australischen Queensland stammende Dame Carol Kidu, Witwe des ehemaligen Obersten Richters Sir Buri Kidu, die einzige Frau im Parlament. Die 63-jährige wird aus Altersgründen nicht mehr zur nächsten Parlamentswahl im Juni 2012 antreten. (*Radio Australia 23.11.11, The Age 24.11.11*)

## Landeigner erhalten Entschädigung

Die vier zu einer Genossenschaft zusammengeschlossenen Landeignerverbände im Gebiet der Ramu-Nickel-Mine bei Madang haben Kompensationszahlungen in Höhe von zehn Millionen Kina (ca. 3,4 Mio. €) von James Gau, dem Gouverneur der Provinz Madang, erhalten. Es handelt sich hier jedoch nur um die Hälfte der vereinbarten Kompensationszahlungen an die Landeignergruppen in Kurumbukari, im In-

land, entlang der Pipeline an der Küste und in der Basamuk-Bucht. Die vorherige Regierung unter Ex-Premier Sir Michael Somare hatte den Landeignern 20 Millionen Kina für zu erwartende Umweltschäden zugesagt.

David Tigavu, ein Sprecher der Genossenschaft, erklärte, man werde das Geld gerecht unter den Gruppen aufteilen. Es solle vor allem dem Aufbau von Kleinstbetrieben im Minengebiet dienen.

(<http://ramumine.wordpress.com/2011/10/26/los-receive-k10m/>, Ramu Nickel Blog 26.09.11, PNG Mine Watch 24.10.11)

## OTML will Laufzeitverlängerung

Der Betreiber der Mine Ok Tedi im nordwestlichen Teil der Western Province, Ok Tedi Mining Limited (OTML), hat sich für eine Laufzeitverlängerung der Mine ausgesprochen. Noch steht die Zustimmung seitens des Staates aus, wie der Direktor der „Mineral Resources Authority“, Kepas Wali, gegenüber der Organisation „Papua New Guinea Mine Watch“ erklärte.

Grund für die geplante Verlängerung der Mine ist die Entdeckung eines weiteren Eisenerzvorkommens in den Star Mountains. Vor dieser Entdeckung hatten die Minenbetreiber errechnet, dass die Eisenerzvorkommen 2014 erschöpft sein würden. Für dieses Jahr hatte man die Beendigung des Minenbetriebs vorausgesagt. Die neu entdeckten Vorkommen könnten nun die Laufzeit der Mine um weitere sieben Jahre bis zum Jahr 2022 verlängern.

*Info:* OTML beschäftigt in der Ok Tedi-Mine in den Star Mountains der Western Province nahe der Stadt Tabuil rund 2.000 Arbeiter und Angestellte, über 95 % sind einheimische Neuguineer. Aus der Mine wird im Tagebau seit 1984 Gold gefördert, seit 1987 auch Kupfer. Im Jahr 2010 produzierte die Mine nach Angaben auf ihrer Homepage 159.821 Tonnen Kupfer, 15.131 Kilo Gold

und 45.774 Kilo Silber. Im gleichen Jahr betragen die Exportgewinne der Rohstoffe 4,74 Milliarden Kina, das entspricht 18 % des Bruttoinlandsproduktes von Papua-Neuguinea. (*Papua New Guinea Mine Watch* 04.10.11, <http://www.oktedi.com>)

## BOUGAINVILLE

### Aufschwung durch Frieden

Rund zehn Jahre nach dem Friedensabkommen von Bougainville steht es gut um die wirtschaftliche Situation der Bewohner der Inseln nordöstlich von Festland-PNG. Das ist zumindest das Ergebnis einer Studie zum Einfluss des Friedens auf die Einkommensverhältnisse in Bougainville, die Dr. Charles Yala, ein Forscher von der University of New South Wales (Australien), nun veröffentlicht hat. Demnach war das Einkommensniveau in den vier urbanen Zentren Buka, Selau, Buin und Arawa auf 3.863 Kina (von 783 Kina im Jahr 1983) gestiegen. Das gestiegene Haushaltseinkommen sei sicheres Zeichen für den wirtschaftlichen Aufschwung in Folge der Friedensstabilisierenden Maßnahmen wie etwa der Aufenthalt einer multinationalen Friedenstruppe unter UN-Mandat.

Weiteres Zeichen für den Aufschwung sei der Neubau von Häusern. Menschen, die in dauerhafte Behausungen investierten, richteten sich auf ein Leben in Frieden ein, so Dr. Yala. Außerdem blühe der Handel mit Kakao und Kopra, der Markt von Buin etwa sei ein „hub of activity“, so Yala wörtlich. (*Post-Courier* 26.10.11)

### Versöhnung in Süd-Bougainville

Nach jahrelanger Verweigerung haben sich Dörfer im Süden von Bougainville nun auch zu offiziellen Versöhnungszeremonien entschlossen und diese im Rahmen

von Gottesdiensten durchgeführt. Dazu war eigens eine Delegation von Regierungsvertretern unter Führung des Präsidenten der Autonomen Provinz Bougainville, John Momis, in den Süden der Insel gereist. Begleitet wurde Momis dabei von dem Polizeichef, einem Mitglied der Vereinten Nationen und General Chris Uma, dem Oberkommandierenden der „Me'ekamui Defence Force“ und Vorsitzender des Ältestenrates der Insel. Umas Teilnahme an den Versöhnungszeremonien setzte ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung, da er und die Me'ekamui-Streitkräfte sich geweigert hatten, an dem Friedensabkommen von 2001 beteiligt zu werden. Die Teilnahme von Uma an der Versöhnungsreise zeige, dass die Me'ekamui sich nun gemeinsam mit der Autonomen Regierung von Bougainville für Einheit und Frieden im Land engagieren wolle, so die einhellige Meinung der mitgereisten Journalisten.

Momis betonte bei den Feiern in Mongai, Mogoroi, Sininnai und Buin, die „Krise“ sei nun endgültig vorbei und der größte Wunsch der Bevölkerung seien Einheit und Frieden. Mit dem Frieden kämen wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Entwicklung ins Land, erklärte Momis weiter. Dem Wunsch der Bevölkerung nach finanzieller Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht, Schmerz und Tod während der zehnjährigen Krise erteilte Momis jedoch eine klare Absage. Eine regierungseigene Entschädigung für Opfer in der Zivilbevölkerung sei weder jetzt noch zukünftig geplant, so der Präsident dezidiert. (*The National* 12.10.11, 08.11.11, <http://mekamui.wordpress.com/2011/10/20/>)

### Neue Bücherei für Arawa

Die Hauptstadt der Autonomen Provinz Bougainville soll bis Ende des Jahres eine neue öffentliche Leihbücherei bekommen. Das gab die Organisation „Volunteer Service Abroad“ (VSA) bekannt. Das so genannte „Bougainville

Library Project“ geht damit in die entscheidende Phase. Bereits 2007 hatte der neuseeländische Schriftsteller Lloyd Jones beschlossen, mit dem Preisgeld für seinen Roman „Mister Pip“ eine Leihbücherei (Pidgin: „Stori Haus“) in Arawa einzurichten. Für den auf Bougainville spielenden „Mister Pip“ hatte Jones den renommierten Man-Booker-Preis gewonnen.

Der VSA will sich um die Umsetzung des Bauprojektes kümmern. Die Bücherei soll auf dem Gelände der „Arawa High School“ entstehen. Die Pläne stammen von dem neuseeländischen Architekten Paul Kerr-Hislop. Die Bücherei soll aus Holz gebaut werden, dies übernehmen Tischler der „Arawa Carpentry“, die „Volunteer Service Abroad“ 1999 als Einkommen schaffende Maßnahme für Ex-Kombattanten aufgebaut hatte. Ein Tischlermeister von der Kapiti-Küste, Barry Binding, der bereits zwei Jahre in der Zimmerei verbracht hat, kehrte nun nach Arawa zurück, um den Bau der rund 350.000 US-Dollar teuren Leihbibliothek zu überwachen. (Postcourier 15.09.11)

## SALOMONEN

### Neuer Premierminister

Gordon Darcy Lilo von der Partei „National Coalition for Rural Advancement“ ist neuer Premierminister der Salomonen. Er wurde zum Nachfolger von Danny Philip gewählt, der am 11. November freiwillig kurz vor einem geplanten Misstrauensvotum sein Mandat niedergelegt hatte. Philip wurde das Missmanagement taiwanesischer Entwicklungshilfegelder vorgeworfen. Angeblich soll er 940.000 Euro aus einem taiwanesischen Hilfsfonds an seine Frau überwiesen haben, die das Geld in ein Unternehmen investiert hat, das Glasfaserboote entwickelt und baut. Frau Philip ist Präsidentin des Aufsichtsrates dieser Firma.

Philip war seit August 2010 Premierminister. Das Misstrauensvotum hatte sein Amtsvorgänger Derek Sikua ins Rollen gebracht. Er und Philip hatten sich in den letzten Monaten mehrfach im Parlament gestritten und mit Vorwürfen über schlechte Regierungsführung überhäuft. Bevor Sikua über das Misstrauensvotum entscheiden konnte, trat Philip selber von seinem Amt zurück.

Der neue Premier, Gordon Darcy Lilo, ist ein Veteran der salomonischen Politik, bis zu seiner Wahl war er Finanzminister und Parlamentarier für die Distrikte Gizo und Kolombangara. Obwohl sich das Parlament mit 29 von 49 Stimmen relativ klar für Lilo als einem von sechs möglichen Kandidaten aussprach, führte seine Wahl zu tumultartigen Szenen vor dem Parlamentsgebäude. Gegner von Lilo, überwiegend von der Insel Malaita, blockierten Straßen und lieferten sich mit Polizisten Kämpfe. Deshalb konnte der 46-Jährige auch erst zwei Tage nach seiner Wahl von Generalgouverneur Sir Frank Kabui in sein Amt eingeschworen werden. Um weitere Proteste zu verhindern, fand diese Zeremonie unter hohem Sicherheitsaufwand in dem Büro des Generalgouverneurs am 17. November statt. Während der Zeremonie schlossen Ladenbesitzer in der Hauptstadt Honiara ihre Geschäfte aus Angst vor Vandalismus der Lilo-Gegner. Das Auswärtige Amt in Australien veröffentlichte auf seiner Homepage eine Reisewarnung für Touristen und riet Geschäftsleuten, von der Straße fern zu bleiben und auf keinen Fall an Demonstrationen teilzunehmen. (Flash d'Océanie 11.11., 17.11.11, FBC 16.11.11, Solomon Star 16.11.11)

### Gefährliches Leben im Slum

Der Anfang September von der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ veröffentlichte Bericht „Where is the dignity in that? Women in Solomon Is-

lands slums denied sanitation and safety“ macht auf erschreckende Weise das Ausmaß an Gewalt in den illegalen Settlements am Rande der Hauptstadt Honiara deutlich.

Ergebnis der Befragung von Mädchen und Frauen in den Slums der Hauptstadt ist, dass 64% der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren bereits einmal oder mehrfach vergewaltigt worden sind. Die tätlichen Übergriffe durch einen und/oder auch mehrere Männer (Massenvergewaltigungen) passieren auf den abendlichen und nächtlichen Gängen der Frauen zum Fluss und zur Toilette. Die Toiletten liegen oft in weiter Laufweite von den Slums und sind nur über unbeleuchtete, unbefestigte Schleichwege zu erreichen. Am Fluss, wo die Frauen in uneinsehbaren Buchten sich und ihre Kleidung waschen, kommt es vor allem beim abendlichen Wasserholen in der Dunkelheit zu sexuellen Übergriffen. Dabei passieren die Vergewaltigungen jedoch auch oft unweit der Slums. Aus Scham und Angst vor Ermordung schreien die Frauen in den wenigsten Fällen laut um Hilfe, fanden die Amnesty-Berichtersteller heraus. Auch kommt es aus Angst vor Rache nahezu nie zu einer polizeilichen Anklage, selbst wenn die Täter den Frauen bekannt sind.

Der 16-seitige Bericht kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Situation der Frauen in den salomonischen Slums unhaltbar ist und dass die Regierung sich dringend dieses Problems annehmen muss. Als konkrete Empfehlungen an den Stadtrat von Honiara und die Provinzregierung der Insel Guadalcanal nennt Amnesty die Verbesserung des Trinkwassersystems und der Sanitäreinrichtungen. Der Bericht rät zum Bau von Wassertanks für jeden Haushalt, den Bau von Wasser- und Abwasseranlagen und zu Bildungsmaßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Hygiene.

Hinsichtlich der Vergewaltigungen und tätlichen Angriffe rät Amnesty den Frauen, sich zu vernetzen und einen Masterplan aufzustellen, welche Maßnahmen in ihren Augen durchgeführt werden müssten, um die Sicherheits-situation zu verbessern. An die Polizei gewandt rät der Bericht, die Polizeistationen mit Männern und Frauen zu besetzen und regelmäßige Streifgänge durch die Slums zu unternehmen, statt nur im Büro zu bleiben. Außerdem sollten die Polizisten in den Slums fortgebildet werden, um sich auch psychologisch um die Opfer kümmern zu können. Auch Workshops in Prävention und im Umgang mit Gewaltopfern seien nötig.

Obwohl der Amnesty-Bericht am Rande des Gipfeltreffens des „Pacific Islands Forum“ öffentlichkeitswirksam an die Vertreter der Salomonen und an pazifische Medien übergeben wurde, ist nach Aussage von Patrick Holmes, dem Amnesty-Geschäftsführer für die Region Asien-Pazifik, noch nichts passiert. Die salomonische Regierung verweigere sich und vertrete die Meinung, „so schlimm“ sei die Situation nun auch wieder nicht.

Holmes erklärte die bisherigen Maßnahmen der salomonischen Regierung für absolut unwirksam. Selbst die Anwesenheit von Polizisten in den Slums könne keine Gewalt verhindern. Es gäbe keine Hinweise, dass ein Polizeiposten zu weniger Vergewaltigungen führe, erläuterte Holmes. (*Solomon Star* 08.09.11, <http://www.amnesty.org.nz/files/SolomonIslandsWEB.pdf>)

## Exportverbot für Delfine

Zum 1. Januar 2012 tritt das Exportverbot für lebende Delfine in Kraft. Das hat das Kabinett der Salomonen bei seiner Sitzung Mitte September beschlossen. Seit 2003 durften die Salomonen im Rahmen der Gesetze 50 lebende Tiere jährlich exportieren. Die Delfine gingen nach Mexiko,

die Vereinten Arabischen Emirate, die Philippinen und Malaysia.

Das neue Exportverbot gehe nicht auf den Druck internationaler Tierschutzorganisationen zurück, präzisierte ein Regierungssprecher, sondern einzig und allein auf die regierungseigene Initiative „National Coalition and Rural Advancement“, die sich dem Schutz der Exporteure verpflichtet habe.

Das Verbot sei ein Baustein der neuen Wirtschaftspolitik der Salomonen, die ihre off-shore Fischereiaktivitäten an Land (on-shore) verlegen will. Bei der Fischverarbeitung an Land sieht der Staat Entwicklungspotential.

Die Regierung folgt mit dem Exportverbot jedoch der Empfehlung einer Kommission innerhalb der „Convention on International Trade in Endangered Species“, die um den Bestand der indo-pazifischen Großen Tümmler in den Gewässern der Salomonen fürchtet und das Exportverbot befürwortet hatte. (*Solomon Star* 12.09.11, *Whale and Dolphin Conservation Society* 30.09.11)

## Neue Botschaft auf Kuba?

Mitte September gab die Regierung Gelder frei zum Bau einer neuen Botschaft in Havanna, der Hauptstadt von Kuba.

Die Salomonen und Kuba unterhalten seit Dezember 2002 diplomatische Beziehungen. Im Jahr 2007 schlossen sie ein Kooperationsabkommen, das sich vor allem auf den Austausch von medizinischem Personal konzentriert. Im Rahmen dieses Abkommens kamen 40 approbierte kubanische Ärzte auf die Salomonen. Im Gegenzug vergab Kuba 50 Stipendien an salomonische Medizinstudenten. Diese hatten sich wiederholt bei der Regierung der Salomonen über ihre schlechte finanzielle Situation beschwert, weil Kuba die Stipendiengelder nur unregelmäßig auszahlt.

Mit Hilfe der Einrichtung einer salomonischen Botschaft in Havanna erhofft man sich nun eine Verbesserung der Lebensumstände der Medizinstudenten. (*Solomon Star* 07.09.11)

## FIDSCHI

Anmerkung der Redaktion: Alle Beiträge zu Fidschi stammen von Pazifik-Netzwerkmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.

## Ausbau diplomatischer Beziehungen

Fidschi setzt seinen Kurs des Ausbaus diplomatischer Beziehungen mit anderen Staaten weiterhin verstärkt fort. Wie Übergangspräsident Voreqe Bainimarama bei der UN-Generalversammlung im September in New York mitteilte, habe Fidschi alleine während des vergangenen Jahres mit 37 Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen und unterhalte nun mit insgesamt 114 Staaten diplomatische Beziehungen.

Diese Zahl hat sich bereits weiter erhöht. Unter anderem hat Fidschi Beziehungen mit Aserbaidschan aufgenommen. Am Rande einer Zusammenkunft in New York bedankte sich Fidschi für die finanzielle Unterstützung Aserbaidschans für die fidschianischen UN-Soldaten im Irak und erklärte, Aserbaidschan im Gegenzug bei einer geplanten Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat unterstützen zu wollen.

Damit ist Fidschi neben Papua-Neuguinea einer der pazifischen Staaten, der zu vergleichsweise vielen Staaten der Welt dauerhaft diplomatische Beziehungen unterhält. Im Vergleich zu den anderen Inselstaaten, die häufig nur ständige Vertretungen in New York, in Brüssel bzw. London sowie Australien und Neuseeland besitzen, besitzt Fidschi auch zahlreiche Botschaften in aller Welt, deren Anzahl ebenfalls ausgebaut wird. So wurde in Südafrika die erste Botschaft auf afrikanischem Boden und in Bra-



silien die erste Botschaft auf süd-amerikanischen Boden eröffnet.

Fidschi selbst bezeichnet den Ausbau seiner diplomatischen Aktivitäten mit Akteuren in aller Welt zwar nicht als Loslösung von, aber zumindest als Ergänzung zur Zusammenarbeit mit traditionellen Partnern wie Australien und Neuseeland, welche im Moment durch die politische Situation Fidschis und seine Suspension aus dem „Pacific Islands Forum“ stark eingeschränkt sind.

In Zukunft wird es auch zu einer neuen Aufgabenverteilung zwischen den fidschianischen Ministerien bei der Außen- bzw. Außenhandelspolitik kommen. So wird sich das Außenministerium in Zukunft auf den Aufbau und die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen konzentrieren, während das bisher ebenfalls von diesem Ministerium betreute Aufgabenfeld der internationalen Handelspolitik vom Industrie- und Handelsministerium übernommen wird. Verstärkt soll internationale Zusammenarbeit mit Staaten aus aller Welt in Zukunft auch bei speziellen Themenfeldern, wie der Bekämpfung von Geldwäsche, gesucht werden. So hieß es bei der von der *Fiji Financial Intelligence Unit* (FIU) organisierten dritten „National Anti-Money Laundering Conference“ von Seiten der Regierung, dass Fidschi in diesem Gebiet verstärkt auf internationale Zusammenarbeit bauen will.

Deutlich wird die Absicht Fidschis, sich selbstbewusst auf der internationalen Ebene zu präsentieren, auch durch die Kandidatur Fidschis für einen der nicht-ständigen Plätze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, welche im Oktober gewählt wurden. Nach der Ankündigung der Kandidatur für den 2012 freiwerdenden nicht-ständigen asiatischen Sitz, wurde die Kandidatur zu Gunsten einer Unterstützung Pakistans zurückgezogen. Formal wurde die Kandidatur jedoch aufrechterhalten und Fidschi erhielt eine Stimme in der Abstimmung,

die anderen asiatischen Kandidaten Kirgisistan und das mehrheitlich gewählte Pakistan erhielten 55 bzw. 129 Stimmen. Bei dem Rückzug der aktiven Kandidatur hat Fidschi angekündigt, in Zukunft erneut und dann mit längerer Vorlaufzeit für einen Sitz kandidieren zu wollen. Im Falle einer Wahl wäre Fidschi der erste pazifische Inselstaat überhaupt als Mitglied im UN-Sicherheitsrat. (*Islands Business* 26.9.11, *Islands Business* 27.9.11, *Fiji Times* 26.9.11, *Fiji Times* 10.11.11, *UN-Generalversammlung* 11, [www.globalmemo.org](http://www.globalmemo.org))

### † Jona Senilagakali

Der frühere fidschianische Politiker und Diplomat Jona Senilagakali ist Ende Oktober im Alter von 81 Jahren verstorben. Nach der Machtübernahme des Militärs im Jahr 2006 war Senilagakali von Anfang Dezember 2006 bis Anfang Januar 2007 Übergangspräsident des Landes, bevor der Vorsitzende der fidschianischen Armee, Voreqe Bainimarama, das Amt selbst übernahm. Nach seinem Rückzug als Premierminister diente Senilagakali bis 2008 als Gesundheitsminister der Übergangsregierung.

Jona Senilagakali war ursprünglich Arzt bei der fidschianischen Armee, bevor er in den 1980er-Jahren verschiedene bedeutende Positionen in der fidschianischen Verwaltung und als Diplomat besetzte, darunter Positionen im Büro des Premierministers. Außerdem war er Botschafter in Tokyo und Generalkonsul in Los Angeles sowie Entsandter zum „Pacific Islands Forum“. (*Islands Business* 2.11.11, *Radio New Zealand International* 2.11.11, [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org))

### „Public Emergency Regulations“ sollen aufgehoben werden

Die seit April 2009 geltenden „Public Emergency Regulations“ in Fidschi sollen in absehbarer Zukunft aufgehoben werden. Sobald die konkrete Arbeit an einer

neuen Verfassung beginne, sollen die Ausnahmeregelungen aufgehoben werden, sagte Justizminister Sayed-Khaiyum bei einer von der fidschianischen Nichtregierungsorganisation *Citizen's Constitutional Forum* (CCF) organisierten öffentlichen Vorlesung an der *University of the South Pacific* (USP) in Suva. Sayed-Khaiyum sprach davon, dass es ab dem nächsten Jahr „völlige Freiheit“ für die Arbeit an der Verfassung und die Vorbereitungen für demokratische Wahlen geben werde.

Erwartet wird der Beginn der konkreten Ausarbeitung der neuen Verfassung für September 2012, sobald die elektronische Wählerregistrierung, die zu Beginn des kommenden Jahres starten soll, abgeschlossen ist. Der Ausarbeitungsprozess soll im September 2013 abgeschlossen sein, damit in den folgenden Monaten die Vorbereitungen für demokratische Wahlen im Jahr 2014 beginnen können. Kritiker bemängeln jedoch, dass bisher - abgesehen von der konkreten Benennung von Terminen - wenig geschehen sei, um die Ausarbeitung einer neuen Verfassung voranzutreiben.

Die „Public Emergency Regulations“, deren Gültigkeit seit ihrer Inkraftsetzung 2009 in regelmäßigen Abständen verlängert wird, gibt der fidschianischen Übergangsregierung weitreichende Macht, unter anderem zur Kontrolle der Presse. (*Islands Business* 4.11.11, *Fiji Live* 4.11.11)

### Jeder Dritte unterhalb der Armutsgrenze

Nach einem aktuellen Bericht der Weltbank hat sich die Armutsrate in Fidschi seit der letzten Erhebung zwar von 39,8 % auf 35,2 % verringert, liegt damit aber immer noch sehr hoch. Mehr als jeder dritte Fidschianer lebt demnach unterhalb der Armutsgrenze. Der Bericht legt erstmals eine detaillierte Analyse der Armutsverteilung

lung in Fidschi vor.

Insgesamt betrachtet der Bericht „Poverty Trends, Profiles and Small Area Estimations in Fiji“ der Weltbank die Entwicklungen kritisch und bemängelt, das es zu wenige positive Entwicklungen bei der Bekämpfung der Armut gebe. Der leichte Rückgang der Armut wird überwiegend auf Sektoren außerhalb der Landwirtschaft zurückgeführt und findet vor allem in urbanen Zentren statt. Der Bericht hat außerdem erhebliche Unterschiede in der Armutsverteilung der Bevölkerung in unterschiedlichen Provinzen innerhalb Fidschis aufgezeigt. (Radio Fiji 23.11.11, Islands Business 21.11.11)

### Schutz traditioneller Begriffe

Die fidschianische Übergangsregierung hat bekannt gegeben, die Nutzung traditioneller fidschianischer Wörter in der Werbung in Zukunft stärker regulieren zu wollen.

Durch ein neues Gesetz sollen traditionelles Wissen und zugehörige Ausdrücke gegen Missbrauch geschützt werden. Auch soll eine kommerzielle Nutzung ohne die Zustimmung ihrer traditionellen „Eigentümer“ verhindert werden. Dadurch sollen Protokoll, Kultur, Sprache und Identität der i-Taukei geschützt werden. Der Begriff der *i-Taukei* bezeichnet die indigene fidschianische Bevölkerung.

Zu diesem Zweck soll das *i-Taukei Institute of Language & Culture*, welches zum Ministerium für i-Taukei-Angelegenheiten gehört, in Zukunft eine Einbeziehung der Bevölkerung und der Provinzen, aus welchen die Begriffe ursprünglich stammen, sicherstellen, sowie die Einhaltung der geltenden Copyright-Rechte durchsetzen. (Islands Business 20.11.11, Fiji Sun 20.11.11)

### Warnung vor Internet-Kriminalität

Die Internet-Kriminalität nimmt in Fidschi immer weiter zu. Die *Fiji Intelligence Unit* (FIU) hat eine Warnung vor zunehmender Cyber-Kriminalität veröffentlicht. Neben dem sogenannten „Hacken“ von Internetseiten stellt insbesondere Betrug mit Hilfe von E-Mails eine große Gefahr dar. So seien Geldüberweisungen, die über das Internet abgewickelt werden, in besonderer Weise betroffen. Darunter fallen auch die im gesamten Pazifikraum verbreiteten Überweisungen im Ausland lebender Familienangehöriger. Die Behörden haben die Bevölkerung zu großer Vorsicht aufgerufen und warnen insbesondere vor dem Herausgeben von Passwörtern. Außerdem wurden Richtlinien herausgegeben, die einen sicheren Umgang mit dem Internet sicherstellen, sowie Anhaltspunkte dazu bieten sollen, ob eigene Internetdaten möglicherweise von Internetkriminalität betroffen sein könnten. (Fiji Sun 23.11.11, Islands Business 23.11.11)

### Lieferverzögerung hindert Behörden an Ausstellung neuer Pässe

Auf Grund von Lieferproblemen eines französischen Unternehmens ist die Ausstellung neuer Reisepässe in Fidschi momentan ausgesetzt. Stattdessen kann die zuständige Behörde, das *Fiji Immigration Department*, zurzeit nur vorübergehende Zertifikate ausstellen. Insgesamt verzögere sich eine Lieferung von etwa 40.000 Pässen, die im November hätten geliefert werden sollen, bis Januar. Dies führt dazu, dass seit Ende August keine neuen Pässe ausgestellt werden konnten. Unabhängig von diesen Problemen hat die fidschianische Regierung den Vertrag mit dem französischen Unternehmen *Oberthur Technologies* zur Lieferung neuer Pässe verlängert und weitere Pässe bestellt. (Islands Business 21.11.11, Fiji Live 21.11.11)

## VANUATU

### Plan zur Energieversorgung

Mitte Oktober hat die Regierung von Vanuatu einen Fahrplan zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien verabschiedet. Die Details der „Vanuatu Energy Roadmap“ sollen bis Juni 2012 geklärt werden. Bei der Bekanntgabe dieser neuen regierungseigenen Initiative im Rahmen einer Konferenz im Hotel „Holiday Inn“ in Port Vila sagte Premierminister Ham Lini, Vanuatu verzeichne weltweit mit die höchsten Energiepreise, was zu starken Protesten in der Bevölkerung geführt hätte. Es sei wichtig für die Zukunft des Staates, sich den Zugang zu effizienten, sauberen und regionalen Energiequellen zu erschließen, ergänzte der Premier.

Vanuatu will den Erdwärme-Sektor ausbauen und Solarenergie nutzen, um die Abhängigkeit von importierten fossilen Treibstoffen zu verringern. (Vanuatu Daily Post 16.10.11, REEEP Newsletter 17.10.11)

### Frauzentrum wird unterstützt

Die vanuatische Nichtregierungsorganisation „Vanuatu Women's Centre“ (VWC) wird in den nächsten vier Jahren mit insgesamt fünf Millionen AUS-Dollar unterstützt. Das versprach der australische Staatssekretär für pazifische Angelegenheiten, Richard Marles, der Koordinatorin des Frauenzentrums, Marilyn Tah, am Rande eines Treffens im Parlament in Canberra. Dort hatten sich Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Stellen getroffen, um über die Fortschritte des Politikdialogs zu „Stopping Violence against Women“ (Pacific Women's Empowerment Policy Dialogue) zu diskutieren. Tah war nach Australien gereist, um bei diesem Dialogforum eine Studie vorzustellen, die das VWC zu Gewalt gegen Frauen erstellt hat.

Diese Umfrage mit dem Titel „National Research on Women's Lives and Family Relationships“ wurde vom VWC mit großer fachlicher Unterstützung des „Pacific Women's Network Against Violence Against Women“ durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass 60 % aller Frauen in Vanuatu körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben. 68 % aller Frauen haben bereits psychische Gewalt erlebt.

Merilyn Tahī erklärte, das australische Geld solle für den weiteren Aufbau der so genannten „Committees Against Violence Against Women“ (CAVAW) genutzt werden. Diese kleinen Frauengruppen sensibilisieren Männer durch Workshops und Diskussionsrunden auf der grassroot-Ebene. Sie klären über Gewalt gegen Frauen und Kinder auf und schaffen Bewusstsein für das Unrecht. Das VWC hat in den letzten Jahren mit australischer Hilfe bereits etliche dieser Komitees in den Dörfern gegründet.

*Info:* Das VWC besteht seit 1997. Es hat derzeit sechs Mitarbeitende, drei Sekretärinnen und drei Beraterinnen. Das Zentrum bietet kostenlose Beratung für Frauen zu den Themen Gewalt, Familie und Erziehung an und versucht, mit Hilfe von Workshops in den Dörfern und über die Medien auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Die Beraterinnen gehen auch pro-aktiv in Schulen, Kirchengemeinden und zu anderen Frauenorganisationen. Das VWC wird seit 1999 von AUSAid finanziert.

([http://www.hotpeachpages.net/auspac/RegionalNetwork/Vanuatu\\_profile.htm](http://www.hotpeachpages.net/auspac/RegionalNetwork/Vanuatu_profile.htm), Pressemitteilung VWC 03.11.11)

## Lapita-Begräbnisstätte entdeckt

Anfang Oktober veröffentlichte der australische Archäologe Dr. Stuart Bedford von der „Australian National University“ in Canberra Details zu einer von ihm entdeckten Lapita-Fundstelle auf der Insel Uripiv, nicht weit entfernt

von der Insel Mallicolo. Gemeinsam mit dem neuseeländischen Archäologen Christophe Sand und Kollegen hatte Bedford auf Uripiv sterbliche Überreste der Lapita-Menschen gefunden, die vermutlich 3.000 Jahre alt sind. Die Größe der Fundstätte und die Art der Bestattung ermöglichen den direkten Vergleich mit den Funden von Téouma, wo 2004 erstmals eine Begräbnisstätte entdeckt worden war, sagte Dr. Bedford.

Auf dem Friedhof in Uripiv fanden sich etliche kopflose Leichen. Die Schädel befanden sich in Tontöpfen, die, mit symbolischen Augen der Toten verziert, den Gräbern beigegeben wurden. Sie waren nach Meinung der Forscher zunächst für rituelle Handlungen aufgehoben und nachträglich beerdigt worden.

Das multinationale Team von Dr. Bedford mit Archäologen aus Neuseeland, Frankreich, Australien und Neukaledonien hatte 2009 mit den Grabungen auf Uripiv begonnen. Finanziert wurden diese vom „Australian Research Council of Excavations“.

*Info:* Lapita bezeichnet die erste ackerbaubetreibende und keramikführende Kultur (ab 1500 v. Chr.) Melanesiens und der polynesischen Inseln Samoa und Tonga. Die Kultur ist nach der Fundstelle von „Lapita 13“ auf der Halbinsel Foué (Neukaledonien) benannt, wo der Amerikaner Edward W. Gifford 1952 die ersten Grabungen durchführte.

Am Strand Téouma östlich von Port Vila auf der Insel Efate (Vanuatu) wurden im Herbst 2004 in einer Begräbnisstätte 25 Gräber mit drei Dutzend menschlicher Skelette zwischen Töpferware gefunden. Alle Schädel waren entweder ganz entfernt oder verlagert. So waren drei Schädel auf der Brust eines kopflosen Mannes platziert. Die Keramik wird auf etwa 1200 v. Chr. datiert und macht den Fundplatz somit zu einem der ältesten der Region. Insgesamt haben Archäologen im

pazifischen Raum bis dato 250 Lapita-Fundstellen entdeckt, u.a. in Papua-Neuguinea, Fidschi, Samoa und Tonga. Von den 250 Ausgrabungen sind jedoch nur zwei Begräbnisstätten, diejenige von Téouma und die jetzt von Bedford entdeckte auf Uripiv. (*Flash d'Océanie* 18.10.11, *Pacific Beat* 20.10.11, *Wikipedia*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Vier Tote bei Ausschreitungen

Vier Tote und 23 Verletzte - das ist das Ergebnis der seit dem 22. Juli stattfindenden Blockade des Flugplatzes auf der Insel Maré (Loyauté-Inseln). Kunden der örtlichen Fluggesellschaft „Air Calédonie“ (Aircal) hatten zu der Blockade des Flugbetriebs aufgerufen, nachdem Aircal Flugpreiserhöhungen angekündigt hatte. Die rund 6.000 Bewohner von Maré, einer der vier Inseln der Loyauté-Inseln 200 Kilometer östlich von Grande Terre, fühlen sich abgeschnitten von der Hauptinsel, die am schnellsten per Flugzeug zu erreichen ist.

Die Situation war eskaliert, als der „Grand Chef“ des Distriktes Ghuama von Maré mit bewaffneten Anhängern auf das Flugfeld zog, um die Blockade zu beenden. „Grand Chef“ Nidoish Naiseline ist auch Präsident von Aircal. (*La Lettre de Kanaky*, Nr. 230, September 2011, *Le Figaro* 08.08.11)

### Zwei neue Senatoren

Am 25. September sind Pierre Frogier und Hilarion Vendégou aus Neukaledonien als Vertreter dieses französischen Überseegebietes in den französischen Senat gewählt worden. Beide Politiker sind Mitglied der führenden französischen Partei „Union pour un mouvement populaire“ (UMP), die seit ihrer Gründung auch den Staatspräsidenten stellt, derzeit Nicolas Sarkozy.

Frogier und Vendégou wurden von einem Gremium aus 517 Wählern gewählt, dem so genannten „Collège“. Darin sind Mitglieder des Territorialparlaments und die Bürgermeister der Städte. Frogier erhielt 240 Stimmen, Vendégou 238.

Beide folgen dem bis dato einzigen Senator aus Neukaledonien, Simon Loueckhote, der dieses Amt in den letzten 19 Jahren innehatte.

Pierre Frogier (Jahrgang 1950) ist seit 2005 Parteiführer des lokalen Ablegers der UMP in Neukaledonien. Er war früher u.a. Präsident der Lokalregierung, Parlamentssprecher und ist seit 1996 Mitglied der Französischen Nationalversammlung. Der 70-jährige Hilarion Vendégou ist Bürgermeister der „Isle of Pines“ südlich von Nouméa. (*Oceania Flash* 26.09.11, *Wikipedia* Frz.)

### Erster Staatsbesuch des Präsidenten

Erstmals seit seinem Amtsantritt 2007 hat der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy den Pazifik besucht. Für seinen Antrittsbesuch in der Region, in der es immerhin noch drei französische Überseegebiete gibt, wählte er Neukaledonien aus. So konnte er dort am 27. August auch die 14. Pacific Games eröffnen, die dieses Jahr in Nouméa ausgetragen wurden.

Sarkozy kam in Begleitung von Marie-Luce Penchard, der Ministerin für die französischen Überseeterritorien, der Ministerin für Sport, Chantal Jouanno, sowie weiterer hochrangiger Regierungs- und Medienvertreter vom 26. bis 28. August nach Neukaledonien.

Präsident Sarkozy weihte u.a. eine neue Polizeistation in einem „Problemvorort“ von Nouméa ein. Er besichtigte auch die Baustelle der Nickelmine in der nördlichen Provinz, wo derzeit der Schweizer Bergbaukonzern Xstrata in

Kooperation mit der einheimischen Gesellschaft „Société Minière du Sud Pacifique“ die weltweit größte Nickelmine erbaut.

Mit Spannung war Sarkozys Rede zum so genannten „Pacific Battalion“ erwartet worden. Die 1941 gegründete Militäreinheit bestand aus Soldaten der französischen Überseegebiete Neukaledonien, Wallis und Futuna, Französisch-Polynesien und den Neuen Hebriden (jetzt Vanuatu). Sarkozy bedankte sich relativ unverbindlich für den mutigen Einsatz der Soldaten für das französische Mutterland. (*Oceania Flash* 26.08.11, *La Lettre de Kanaky* Nr. 230, September 2011)

### Arbeitsgericht spricht Entschädigungen zu

Das neukaledonische Arbeitsgericht hat fünf lungenkranken Angestellten der Nickelgesellschaft „Société Le Nickel“ (SLN) Entschädigungszahlungen zugesprochen. Von den fünf Arbeitern zwischen 68 und 81 Jahren ist einer bereits einer Lungenerkrankung erlegen. Das Arbeitsgericht entschied, dass die Lungenerkrankungen durch das Einatmen von Asbest ausgelöst wurden. SLN hätte bessere Vorsorgemaßnahmen treffen müssen.

Asbest wird beim Schmelzen von Nickel frei. Erst im letzten Jahr hatte SLN seinen Betrieb kurzzeitig einstellen müssen, da Anwohner in der Nachbarschaft der Fabrik über Atembeschwerden und stinkende Abgase klagten. Nach drei Schließtagen konnte SLN seinen Betrieb wieder aufnehmen, weil Regierungssprecher die Abgase als ungefährlich eingestuft hatten.

Ein Anwalt von SLN kommentierte das Urteil des Arbeitsgerichtes lapidar. Da nur fünf von insgesamt 2.000 Angestellten an Asbestose (dt. Staublunge) erkrankt seien, könne die Nickelfabrik nicht ursächlich für diese Krankheit verantwortlich sein.

Der „Asbest-Opferverein“ von Nouméa verspricht sich durch das Urteil jedoch weitere erfolgreiche Entschädigungsklagen vor dem Arbeitsgericht.

*Info:* Die SLN ist der fünftgrößte Nickelproduzent weltweit (12 % an der weltweiten Produktion). Das bereits 1880 gegründete Unternehmen betreibt auf Neukaledonien mehrere Nickelminen.

Asbesterkrankungen stellen auch bei uns ein Problem dar. Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland mehr Todesfälle durch Asbest-Belastungen als tödliche Arbeitsunfälle.

Die Berufsgenossenschaften veröffentlichten für das Jahr 2003 im Bundesgebiet die Zahl von 1.068 Todesfällen, gegenüber dem Jahr 2002 mit 1.009 Toten ein neuerlicher Anstieg. (*Radio Nz. Intern.* 28.09.11, <http://www.sln.nc/>, *Wikipedia*)

## MIKRONESIEN

### Palau engagiert sich für Menschenrechte

**New York/Palau:** Im Beisein des Generalsekretärs des „Pacific Islands Forum“, Tuiloma Neroni Slade, hat der Präsident der Republik Palau, Johnson Toribiong, am 20. September im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York acht wichtige Menschenrechtsverträge unterschrieben. Damit sei Palau seiner im „Pacific Plan“ von 2004 festgelegten Selbstverpflichtung nach Frieden, Harmonie, Sicherheit und Wirtschaftswachstum nachgekommen, erklärte Slade. Die Vertreter der Mitgliedsländer des Pacific Islands Forum hatten bei der Verabschiedung des „Pacific Plan“ im Jahr 2004 folgende Selbstverpflichtung unterschrieben: „...we seek for the Pacific a region of peace, harmony, security and economic prosperity, so that all of its people can lead free and worthwhile lives“.

Paragraph 12.5 des "Pacific Plan" sieht vor, dass sich die Pazifikstaaten an Konventionen, Verträgen und Abkommen zur Wahrung der Menschenrechte beteiligen. So heißt es in dem entsprechenden Absatz: "...*appropriate ratification and implementation of international and regional human rights conventions, covenants and agreements, and support for reporting and other requirements*".

Johnson Toribiong unterzeichnete in New York folgende Verträge: Den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die UN-Antifolterkonvention, das Internationale Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, die Behindertenrechtskonvention sowie das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen.

Palau unterzeichnete zudem das „Nagoya Protocol on access to genetic resources“ und das Abkommen über die faire und gerechte Verteilung der Gewinne aus der Nutzung indigener genetischer Ressourcen. Beide Verträge sind Zusatzartikel der Biodiversitäts-Konvention der UN.

Gemeinsam mit Palau nutzten weitere Regierungsvertreter pazifischer Inselstaaten die 66. Vollversammlung der Vereinten Nationen im September in New York zur Unterzeichnung von UN-Verträgen und Konventionen. (Pressemitteilung Pacific Islands Forum 23.09.11, Wikipedia)

### Anrufung des Strafgerichtshof

**Palau:** Die mikronesische Inselrepublik Palau hat eine Anfrage beim „International Court of Justi-

ce“ in Den Haag (Niederlande) gemacht und die Frage zur Diskussion gestellt, ob Industrienationen für die negativen Folgen von Emissionen auf andere Staaten verantwortlich gemacht werden können. Wörtlich heißt es in der kleinen Anfrage: "...*whether nations have a responsibility to ensure that their emissions do not have a negative impact on other states.*"

Selbst wenn der Strafgerichtshof die Anfrage im Sinne einer „*advisory opinion*“ beantwortet, stellt diese Meinung keine Handlungsverpflichtung für Industrienationen dar. Allerdings könnte die Meinung des Strafgerichtshofes ein weiterer Baustein in den Klimaverhandlungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sein. Bereits laufende Verhandlungen im Kontext der Folgen des globalen Klimawandels könnten durch eine offizielle Stellungnahme des Gerichts einen anderen Verlauf nehmen, erklärte ein renommierter Anwalt, der etliche Kläger in Klimaverhandlungen vertritt.

Die Anfrage Palaus an den Strafgerichtshof wurde von den Marshallinseln unterstützt. Der palauische Präsident Johnson Toribiong erklärte, es sei nun an der Zeit, zu klären, was das Internationale Seerecht im Kontext des Klimawandels für die einzelnen pazifischen Staaten bedeute. In Artikel 194/2 des Seerechts der Vereinten Nationen (United Nations Convention on the Law of the Sea) heißt es, dass Staaten alles vermeiden sollen, was zu Schäden und zur Umweltverschmutzung in anderen Staaten führt, stellte Toribiong klar.

(<http://www.treehugger.com/climate-change/palau-asks-international-court-to-weigh-whether-polluting-nations-have-obligation-to-curb-emissions.html>, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=39710&Cr=pacific+island&Cr1=>)

### Strenges Tabakverbot

**Palau:** Präsident Johnson Toribiong hat Ende August die Tabakrahmenkonvention der Weltge-

sundheitsorganisation WHO („*Framework Convention on Tobacco Control*“) unterzeichnet und ein strenges Nichtraucherchutzgesetz in Palau eingeführt. Das „*Public Law 8-27*“ verbietet die Werbung für Tabak und Tabakprodukte in den Medien und der Öffentlichkeit. Das Gesetz verbietet des Weiteren den Verkauf einzelner Zigaretten.

Zigaretten und andere Tabakprodukte dürfen in Geschäften nur noch in einer nicht einsehbaren Ecke verkauft werden. Plakate, die auf die Gefahren des Rauchens hinweisen, müssen vor und in den Läden aufgehängt werden. Werbeposter von Zigarettenherstellern sind zukünftig nicht mehr erlaubt. Auch dürfen Zigarettenhersteller nicht mehr als Sponsoren von Veranstaltungen aller Art in Erscheinung treten. Ein komplettes Rauchverbot besteht ab sofort am geschlossenen Arbeitsplatz, in allen Schul- und Bildungseinrichtungen, auf Sportplätzen, in Seniorenzentren und Kindergärten und in Krankenhäusern. Weiterhin geraucht werden darf in Hotelzimmern, in Forschungseinrichtungen, die der Erforschung von Tabakkonsum dienen, sowie in Privathäusern. In Restaurants und Bars darf nur in den Räumen geraucht werden, die eigens als Raucherzimmer ausgewiesen sind und zum Nichtraucherbereich hin abgeschlossen sind.

Verstöße gegen das Nichtrauchergesetz werden mit Geldstrafen in Höhe von 25 bis 20.000 US-Dollar geahndet, im Wiederholungsfall droht eine Haftstrafe.

(*Marianas Business Journal* 29.08.11)

### Einäschung von Soldaten

**Nördliche Marianen:** 575 sterbliche Überreste japanischer Soldaten sind am alten Flughafen von Banadero auf der Insel Saipan (Nördliche Marianen) eingeäschert worden. Die Asche der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten wurde anschließend zur

Bestattung nach Japan ausgeflogen.

Einem Team von Historikern und Archäologen war es gelungen, am Strand von Tanapag auf der Insel Saipan 77 Schützengräben aus dem Zweiten Weltkrieg zu lokalisieren. In diesen Gräben stießen die Forscher nicht nur auf die Skelette der Soldaten, sondern auch auf Ausrüstungsgegenstände wie Wasserflaschen, Gewehre, Patronen und Essgeschirr.

Mit Hilfe der japanischen Nichtregierungsorganisation Kuentai und der auf Kriegsausgrabungen spezialisierten Firma „Swift and Harper Archaeological Resource Consulting“ konnten die sterblichen Überreste geborgen und eingeschert werden. Zu den nun ausgegrabenen Skeletten kamen 28 weitere Leichen, die bei Grabungen in den Vorjahren exhumiert worden waren und vom „Historic Preservation Office“ aufbewahrt worden waren.

Historische Fotos, die erstmals im August 1944 im Time-Life-Magazin veröffentlicht worden waren, halfen bei der Identifizierung des Schlachtfeldes. Bei einem amerikanischen Luftangriff am 7. Juli 1944 auf den japanischen Stützpunkt bei Tanapag/Saipan waren 2.000 japanische Soldaten ums Leben gekommen, die von den Amerikanern in einem einzigen Massengrab bestattet worden waren.

Der Generalsekretär von Kuentai, Usan Kurata, sagte, man könne von weiteren 26.000 toten japanischen Soldaten auf Saipan ausgehen. Gemeinsam mit den Behörden werde man sich auch zukünftig um die Bergung und Einschärfung weiterer sterblicher Überreste bemühen, erklärte Kurata. Die Bergung der Toten stehe im Einklang mit den Gesetzen 3-33 und 3-39 der Nördlichen Marianen, das die Bergung von sterblichen Überresten von geschichtsträchtigen Orten gestattet („National Historic Preservation Act“).

*Info:* Saipan stand von 1899 bis 1914 unter deutscher Verwaltung. Nach dem Abzug der Deutschen baute Japan die Insel zu einer starken Festung aus, auf der etwa 30.000 Soldaten stationiert waren.

Die so genannte „Schlacht um Saipan“ fand bei der Eroberung der Marianen-Inseln durch die US-Marines auf der Hauptinsel Saipan statt. Die Bombardierungen begannen am 13. Juni 1944. Fünfzehn Kriegsschiffe feuerten 165.000 Granaten auf die Insel. Die Landung begann am 15. Juni. Mehr als 300 Landungsschiffe brachten 8.000 Marines an die Westküste von Saipan. Die japanische Artillerie konnte etwa zwanzig amphibische Panzer zerstören, aber am Abend hatten die Marines einen Brückenkopf von zehn Kilometer Breite und ein km Tiefe errichtet.

Die Japaner wurden von der Invasion überrascht, da sie den Angriff weiter südlich erwartet hatten. Admiral Toyoda Soemu sah die Möglichkeit, die Kräfte der US-Navy rund um Saipan anzugreifen. Am 15. Juni gab er den Befehl zum Angriff. Die folgende Schlacht in der Philippinensee brachte eine verheerende Niederlage für die Japanische Marine. Saito organisierte seine Truppen in dem leicht zu verteidigenden bergigen Hinterland. Die Japaner nutzten die vielen Höhlen, um sich am Tag zu verstecken und in der Nacht anzugreifen. Die Amerikaner entwickelten Taktiken, um die Höhlen mit Flammenwerfergruppen, unterstützt durch Artillerie und Maschinengewehre, anzugreifen. Am 7. Juli hatten die Japaner keine Rückzugsmöglichkeiten mehr. Saito gab seinen verbliebenen Truppen den Befehl zu einem Selbstmordangriff und tötete sich selbst.

Im Laufe der Schlacht verloren fast 44.000 Menschen ihr Leben, davon etwa 24.000 Soldaten der japanischen Armee und rund 3.500 US-Marines. Hinzu kommen etwa 12.000 japanische und 4.000 koreanische Zivilisten. Die hohe Zahl an Todesopfern unter

den japanischen Zivilisten kommt vor allem auch dadurch zustande, dass sich viele von ihnen lieber von der Nordspitze der Insel in den Tod stürzten, als sich den amerikanischen Besatzern zu ergeben, und die Schlacht als verloren zu geben. Zu diesem so genannten *suicide cliff* pilgern noch heute jährlich tausende Japaner, um ihrer gestorbenen Landsleute zu gedenken.

Nach Kriegsende wurde Saipan von der UNO unter amerikanische Verwaltung gestellt und nimmt seit 1978 den Status eines mit den USA assoziierten Staates ein. Heute nutzen die Streitkräfte der USA die Nachbarinsel Guam als Luftwaffenstützpunkt. Saipan wird als größte Insel und Hauptstadt der nördlichen Marianen heute oft von japanischen und südkoreanischen Urlaubern besucht. (*Marianas Variety* 15.09.11, *Wikipedia*)

## Müllproblem auf Majuro

**Marshallinseln:** Die „Majuro Atoll Waste Company“ (MAWC) wird des Mülls auf dem Atoll nach eigenen Angaben nicht mehr Herr.

Drei Örtlichkeiten gelten als besonders vermüllt: vor einem Supermarkt, zwischen einer Schule und dem Krankenhaus und vor der High School. Mit Hilfe von freiwilligen Helfern der „Majuro Energy Company“ hat die MAWC bereits etliche Blechtonnen zu Mülleimern umgebaut und diese an prominenten Plätzen aufgestellt. Die Mülleimer werden nur einmal pro Woche geleert, erklärte ein Sprecher der Müllabfuhr, an weiteren zwei Tagen kontrolliere man nur das Ausmaß der Verschmutzung. Von Babywindeln über Autoschrott bis hin zu Hausmüll und benutzten Spritzen lande alles in oder neben den Tonnen, beklagte die MAWC. Von Mülltrennung könne keine Rede sein und die Mitarbeiter der Müllabfuhr müssten regelmäßig per Hand Gefahrenstoffe aus dem Müll aussortieren. Das berge nicht nur Gefahren für die Ange-

stellten, sondern auch für spielende Kinder im Bereich der Schulen.

Mit der Aufstellung zusätzlicher Tonnen, der Verteilung von Mitteilungsblättern über korrekte Mülltrennung und durch Gespräche mit Schülern und Anwohnern hoffe man auf eine Verbesserung der Müll-Situation. (*Marshall Islands Journal 09.09.11*)

## Bevölkerungsschwund auf den Inseln

**Marshallinseln:** Von 1999 bis dato verzeichnen die Outer Islands der Marshallinseln einen drastischen Bevölkerungsschwund. Auf 18 von den 24 bewohnten Inseln ist die Bevölkerung zurückgegangen. Nur auf wenigen Inseln stieg die Bevölkerung an.

Einen Zuzug von Menschen verzeichnete etwa die Hauptinsel Majuro. In den letzten Jahren stieg die Bevölkerung dort um 16% (3.862 Zuzüge). Nach Kwajalein zogen immerhin 469 Menschen, das entspricht einem Wachstum von 4 %. Auch die Inseln Lae, Jaluit, Lib und Utrik verzeichneten Zuzüge.

Die größte Zuwachsrate hat das Atoll Rongelap. Dort lebten 1999 nur 19 Personen, weil das Atoll wegen der radioaktiven Verstrahlung als unbewohnbar eingestuft war. Nach den umfangreichen Kontaminierungsmaßnahmen der Amerikaner laufen derzeit jedoch Umsiedlungsmaßnahmen nach Rongelap, so dass dort nun 78 Menschen leben (plus 311 %!).

Insgesamt leben ca. 67.000 Menschen auf den Marshallinseln. (*Marshall Islands Journal 04.10.11*)

## Neuer Präsident

**Nauru:** Nach nur sechs Tagen im Amt ist Frederick William („Freddie“) Pitcher als Präsident von Nauru von Sprent Dabwido abgelöst worden. Pitchers Amtsvor-

gänger Marcus Stephen stolperte über eine Korruptionsaffäre. Stephen hatte bei einer Parlaments-sitzung sein Rücktrittsgesuch vom Parlaments-sprecher vorlesen lassen. Er kam damit einem für diese Sitzung angekündigten Misstrauensvotum zuvor.

Stephen hatte seinen Rücktritt eingereicht, nachdem der Oppositionellenführer David Adeang einen geheimen Briefwechsel zwischen Stephen und einer thailändischen Phosphatfirma veröffentlicht hatte. In dem Brief verlangt Stephen bei erfolgreichem Verkauf von 25.000 Tonnen Phosphat an die thailändische Firma eine „Provision“.

Der 42-Jährige Stephen, ein ehemals erfolgreicher Gewichtheber, war im Dezember 2007 als Nachfolger von Ludwig Scotty zum Präsidenten der rund 12.500 Einwohner zählenden Insel Nauru gewählt worden. Im Jahr 2010 musste er zweimal den politischen Notstand ausrufen und das Parlament auflösen, als das 18-köpfige Parlament bei wichtigen Entscheidungen stets in neun zu neun Parlamentarier gespalten war und so keine Mehrheit für Gesetzesänderungen herstellen konnte. Wegen seiner Ausrufung des „politischen Notstands“ hatte Stephen bereits mehrfach Misstrauensvoten über sich ergehen lassen müssen.

Die ehemals reiche Phosphatinsel Nauru steht seit dem Ende des Phosphatabbaus Ende der 1990er Jahre vor dem finanziellen Ruin. Die mangelnden Einnahmen durch die Erschöpfung der Phosphatvorkommen sowie Investitionen in letztendlich gescheiterte Projekte und Immobilien in Australien haben den nur 21 Quadratkilometer kleinen Inselstaat fast in den Bankrott getrieben.

Freddie Pitcher ist langjähriges Mitglied im Parlament und war bereits Minister für Handel, Industrie und Umwelt. 2007 hatte ihn Stephen als Finanzminister in sein Kabinett berufen. Der 44-

Jährige wies gleich nach seiner Wahl die Korruptionsgerüchte um Marcus Stephen zurück.

Nur sechs Tage nach Pitchers Wahlerfolg wechselte Sprent Dabwido zur Opposition, so dass diese plötzlich in der Überzahl war und den Präsidenten benennen konnte. Der für den größten Wahlbezirk Meneng zuständige Dabwido kündigte einen drastischen Kabinettswechsel an. Außerdem sprach er sich für die Wiedereröffnung eines australischen Internierungslagers für australische Asylbewerber auf Nauru aus. Australien steht seit längerer Zeit mit der Regierung von Nauru in Verhandlungen über die vorübergehende Aufnahme von potentiellen australischen Einwanderern bis zur endgültigen Klärung ihres Flüchtlingsstatus. (*Flash d'Océanie 10.11.11, ABC Australia, Radio NZ. Intern. 11.11.11, Pacific Beat 15.11.11*)

## POLYNESIEN

## WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

### Erster Pazifikstaat erhält PEC-Gelder

**Samoa:** Als erster Pazifikstaat hat Samoa vier Millionen US-Dollar aus dem Fonds „Pacific Environment Community“ (PEC) beantragt und abgerufen. Der Fonds ist von der japanischen Regierung mit einer Einlage von 66 Millionen US-Dollar eingerichtet worden. Aus ihm sollen die Mitgliedsstaaten des „Pacific Islands Forum“ Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien finanzieren. Schwerpunkt soll dabei die Einrichtung von Solaranlagen und der Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen sein.

Samoa nutzt die Fondsgelder für sein „Samoa 400kWp Solar Project“, das von dem samoanischen

Energieversorger „Electric Power Corporation“ (EPC) durchgeführt wird. Das Projekt sieht die stärkere Nutzung von Solarenergie vor, um weniger abhängig vom Import fossiler Treibstoffe zu sein. Bisher produziert Samoa 40 % seines Stroms aus Wasserkraftwerken, aus zwei Stromfabriken auf Dieselbasis und nur einen sehr geringen Anteil aus Sonnenergie. Mit der Umstellung auf Solarenergie erhoffe man sich eine Einsparung von jährlich 150.000 US-Dollar beim Treibstoffimport sowie eine Reduzierung des jährlich benötigten Treibstoffes um 135.000 Liter, erklärte EPC-Geschäftsführer Muaausa Joseph Walter. Die Solartechnologie sei angesichts immer weiter steigender Brennstoffpreise und der Auswirkungen des Klimawandels eine solide Technologie, der man vertrauen könne. Außerdem gäbe es davon mehr als reichlich auf der Insel, erklärte der Geschäftsführer augenzwinkernd.

*Info:* Im Mai 2009 hatten sich die Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten des Pacific Islands Forum am Rande ihres fünften „Pacific Islands Leaders Meeting“ mit Vertretern der Regierung Japans in der japanischen Stadt Hokkaido getroffen. Ergebnis des Treffens war die so genannte „Hokkaido Declaration“, in der es um die engere Kooperation der Inselstaaten mit dem pazifischen Anrainerstaat Japan geht. Der PEC-Fonds war Teil der Vereinbarung, in der sich Japan verpflichtet, die Nutzung erneuerbarer Energien in den Pazifikstaaten finanziell zu fördern. Das Koordinationsbüro für den Fonds befindet sich auf dem Gelände des Forums-Sekretariats in der fidschianischen Hauptstadt Suva. Das Fondsbüro wird von einem „Joint Committee“ unter Vorsitz des PIF-Generalsekretärs Tuiloma Neroni Slade beraten. (*Pressemitteilung PIF 17.06.11, <http://www.samoanewsonline.com/publicviewstory.php?storyid...189>*)

## Premier fordert mehr Parlamentarierinnen

**Samoa:** Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielagaoi möchte in der Verfassung verankert wissen, dass Frauen mindestens 10 % aller Parlamentsmitglieder stellen. Der Premier erklärte, derzeit werde das Wahlgesetz überprüft und er würde gerne diesen Zusatzparagraphen aufnehmen lassen, damit er schon bei den nächsten Wahlen 2016 zur Anwendung kommen könnte. Mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Politik sei eines der Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen, erklärte Malielagaoi. Derzeit sind von den 49 Parlamentsmitgliedern nur zwei Frauen, obwohl Samoa bereits im Jahr 2008 den Willen zu mehr „Frauenpower“ in der Politik bekundet hatte und dafür eigens die „Commonwealth Women’s Parliamentarian Association“ gegründet hatte.

Im Wirtschaftsleben Samoa sieht es indes etwas besser aus als in der Politik. So war im August des Jahres überraschend erstmals eine Frau zur Notenbankgouverneurin der samoanischen Zentralbank gewählt worden. Die Rechtsanwältin Atelina Emma Enari folgte auf Papali’i Leasi Tommy Scanlan, der dieses Amt in den letzten 22 Jahren innehatte und bei seiner Wahl als erster samoanischer Staatsbürger überhaupt in diese hochrangige Position gewählt worden war. Frau Enari ist bereits seit 1991 bei der Zentralbank beschäftigt und war bereits in verantwortlicher Position. (*Flash d’Océanie 19.08.11, Radio NZ Intern. 04.10.11, <http://spasifikmag.com/fortheladies/samoanbankappoints/>*)

## Tokelau verschiebt Datumsgrenze

**Tokelau:** Wenige Monate nach Samoas Entscheidung der Verschiebung der Datumsgrenze, hat sich auch Tokelau zu diesem Schritt entschieden. Das Parlament (Fono) gab Ende Septem-

ber bekannt, die Datumsgrenze nach Osten zu verschieben, um mit seinen wichtigsten Handelspartner westlich der Datumsgrenze (Australien, Neuseeland) mehr Arbeitstage gemeinsam zu haben.

Der Geschäftsführer der „National Public Service“ von Tokelau, Joe Suveinakama, erklärte, man müsse mit Neuseeland noch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Verschiebung klären. Das nur zwölf Quadratkilometer kleine Tokelau mit seinen rund 1.500 Bewohnern ist (politisch) von Neuseeland abhängig.

Tokelau und Samoa werden am 29. Dezember 2011 die Datumsgrenze verschieben, einen Tag überspringen und direkt zum 31. Dezember wechseln. (*Radio NZ Intern. 29.09.11*)

## Abchasien unterstützt Tuvalu

**Tuvalu:** Die Ausrufung des nationalen Notstands in Tuvalu aufgrund extremer Wasserknappheit in den vergangenen zwei Monaten hat Abchasien auf den Plan gerufen. Die Regierung ließ einen Schiffscontainer voller Wasserflaschen nach Suva (Fidschi) bringen. Dort hatte das „UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs“ eine Regionalstelle zur Koordinierung der Verteilung von Wasser und Lebensmitteln in die von Wasserknappheit bedrohten Pazifikstaaten Tuvalu und Kiribati eingerichtet.

*Info:* Tuvalu hatte im September des Jahres diplomatische Beziehungen mit Abchasien aufgenommen. Abchasien ist eine an das Schwarze Meer grenzende Republik im Süden des Kaukasus, die völkerrechtlich als Teil Georgiens gilt, de facto jedoch unabhängig ist. Sechs Staaten haben die staatliche Souveränität Abchasiens anerkannt: Russland, Nicaragua, Venezuela sowie die pazifischen Inselstaaten Nauru, Tuvalu und Vanuatu.



Diese Staaten setzen sich bei den Vereinten Nationen für die Anerkennung eines eigenen Staates Abchasien ein. In Abchasien leben derzeit etwa 243.000 Menschen. (*Radio NZ. Intern. 16.11.11, Wikipedia*)

### Naturschutzgebiet ausgewiesen

**Cookinseln:** Die Cookinseln haben gut die Hälfte ihrer 2,2 Millionen Quadratkilometer großen Exklusiven Wirtschaftszone unter Naturschutz gestellt und dieses Gebiet zu einem „Marine Park“ deklariert. Das gab Premierminister Henry Puna bekannt. Puna sagte, man habe sich in Gesprächen mit der einheimischen Bevölkerung geeinigt, das Marine-schutzgebiet einzurichten. Man hätte die Menschen aber nicht erst davon überzeugen müssen, wie wichtig der Ozean für ihr Leben und Überleben sei, erklärte Puna, denn alle Pazifikinsulaner würden mit einem Gefühl für die Bedeutung des Ozeans aufwachsen. Puna bedankte sich für die Unterstützung bei der Etablierung des Schutzgebietes bei der britischen Umweltschutzorganisation „Conservation International“ und bei dem neuseeländischen Rugby-Spieler Kevin Iro, der seine Popularität zur Werbung für das Naturschutzgebiet eingesetzt hatte.

Der Marinepark ist Teil des pazifikweiten Projektes „Pacific Oceanscape“, wie Premier Puna weiter erklärte. „Oceanscape“ wurde 2009 von dem kiribatischen Präsidenten Anote Tong ins Leben gerufen. Inzwischen haben sich 15 pazifische Inselnationen dieser Initiative zum Schutz des pazifischen Ozeans angeschlossen und insgesamt bereits 38,5 Millionen Quadratkilometer Meer unter Schutz gestellt. Mit der konzertierten Aktion sollen vor allem die vom Aussterben bedrohten Tunfischarten im Pazifik geschützt werden und der Reichtum an Flora und Fauna in der Region für die Folgegenerati-

onen bewahrt werden. (*Pacific Scoop 09.09.11, http://blog.protectplanetoccean.org/2011/02/pacific-oceanscape-moves-forward.html*)

### Gefährliche Straßen auf Rarotonga

**Cookinseln:** Die Cookinseln haben - gerechnet auf die Einwohnerzahl - die zweithöchste Zahl an Verkehrstoten weltweit. Das hat eine Studie zu Verkehrstoten der Weltgesundheitsorganisation WHO (World Health Organisation) ans Licht gebracht. Durchschnittlich kommen 45 Menschen pro 100.000 Einwohner auf den Straßen ums Leben. Getoppt wird diese Zahl nur noch von dem afrikanischen Land Eritrea, wo pro 100.000 Menschen 48 Verkehrstote gezählt werden.

Die örtliche Tageszeitung in der Hauptstadt Avarua, die „Cook Islands News“, kommentierte die WHO-Studie mit einem sachlichen Bericht über die Zahl der Verkehrstoten. Demnach sind zwischen 2001 und Mai 2011 37 Menschen im Straßenverkehr gestorben.

Seit Mai 2010 gab es jedoch keinen tödlichen Unfall mehr auf den Straßen. Polizeichef Maara Tetava macht dafür einen Zehn-Jahresplan zur Verbesserung der Verkehrssituation auf den Inseln verantwortlich, der im letzten Mai in Kraft getreten war.

Von 2001 bis 2010 waren 992 Menschen nach Verkehrsunfällen im Krankenhaus behandelt worden, bei 378 Personen war Alkohol am Steuer Schuld für die Unfälle.

*Info:* Auf der Hauptinsel Rarotonga gibt es bis auf wenige Inlandsstraßen nur eine 32 Kilometer lange, relativ gut ausgebaute Ringstraße um die Insel. Derzeit leben knapp 12.000 Menschen auf den Cookinseln, davon der Großteil in der Hauptstadt Avarua auf der Insel Rarotonga.

Die Vereinten Nationen haben im Mai des Jahres eine „Decade for

„Action for Road Safety“ ausgerufen, die sich des Problems der Verkehrstoten annehmen soll. Nach Angaben der WHO sterben jährlich mehr Menschen im Straßenverkehr als an Malaria. Verkehrsunfälle sind in der Altersgruppe der fünf bis 29-Jährigen vor allem in Entwicklungsländern die Haupttodesursache. Täglich sterben weltweit ca. 3.500 Menschen an den Folgen von Verkehrsunfällen. „*Road traffic crashes are a public health and development crisis*“, erklärte WHO-Direktorin Margaret Chan anlässlich der Eröffnung der UN-Dekade.

(*http://www.cinews.co.ck/2011/September/Wed07/local.htm#1109020111, Radio NZ. Intern. 04.09.11, http://www.guardian.co.uk/global-development/poverty-matters/2011/may/11/most-dangerous-roads*)

### Kiribati erwägt „schwimmende Inseln“

**Kiribati:** Am Rande des Gipfeltreffens des Pacific Islands Forum hat der kiribatische Präsident Anote Tong angekündigt, sein Land erwäge für die Zukunft den Bau „schwimmender Inseln“ - künstlich angelegte Inseln, die im Meer treiben. Das klinge heute zwar noch nach einer Zukunftsvision oder nach einem Science Fiction-Roman, könnte aber eine ernstzunehmende Alternative für die nur zwei bis drei Meter über dem Meeresspiegel liegenden Inseln der polynesischen Republik sein. In Kiribati seien die Folgen des Klimawandels bereits so massiv zu spüren, dass es nicht mehr nur um eine Anpassung an Klimawandelfolgen gehe, sondern um eine Frage des Überlebens, betonte Tong. Wenn man die Wahl habe, entweder buchstäblich unterzugehen, oder sich auf eine schwimmende künstliche Insel retten zu können, sei ja klar, von welcher Möglichkeit die Menschen Gebrauch machten, erklärte der Präsident.

Kiribati hatte vor dem Gipfeltreffen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ba Ki-moon,

nach Tarawa eingeladen, um sich vor Ort über die Klimawandelfolgen zu informieren.

Kiribati nimmt seit Jahren auf der internationalen Weltbühne zu den Folgen des Klimawandels Stellung und schaltet sich in Diskussionen und Verhandlungen bei den Klimawandelkonferenzen auf regionaler und internationaler Ebene ein. Eine Delegation aus Kiribati wird auch zur nächsten Weltklimakonferenz COP-18 nach Durban (Südafrika) reisen.

*Info:* Die Idee der „Floating Islands“ ist nicht neu. Immer mal wieder tauchen in renommierten Architektur-Zeitungen Skizzen und Animationen von derart künstlich angelegten Welten auf. Inzwischen gibt es auch eine Firma, bei der man diese Inseln im kleinen Maßstab und begrenzt auf wenige Lebensräume in Auftrag geben kann. Künstlich angelegte Inseln als Lebensraum für Menschen sind noch nicht im Angebot des Unternehmens.

(Pacific Beat 07.09.11, <http://www.floatingislandinternational.com/>)

### Dritte Phase eingeläutet

**Kiribati:** Nach der Zustimmung durch die Weltbank hat Kiribati die dritte Phase des „Kiribati Adaptation Program“ (KAP III) eingeläutet. Dabei geht es darum, die Folgen des Klimawandels auf die Trinkwasserversorgung abzumildern und die Infrastruktur in küstennahen Gebieten zu verbessern. Die meisten Bewohner der Inseln leben unmittelbar am Meer, so dass die Dörfer den Folgen des Klimawandels wie dem Meeresspiegelanstieg, der Zunahme von tropischen Stürmen, der Bodenerosion und den Überflutungen permanent ausgesetzt sind.

Durch den Anstieg des Meeresspiegels versalzt das Süßwasser in der Süßwasserlinse unter dem Atoll. Dies gefährdet die Trinkwasserversorgung von Mensch und Tier und die Produktivität der Gärten, denn nur wenige Nah-

runbspflanzen überdauern salzhaltiges Wasser. Durch die ständigen Überflutungen hat Kiribati eine hohe Zahl von Durchfallerkrankungen, was im Säuglingsalter zu der pazifikweit höchsten Säuglings-Sterblichkeitsrate führt.

Mit Hilfe von KAP III soll die Trinkwasserversorgung durch die Anlage von Wasserspeichern verbessert werden. Auch sollen Maßnahmen zum Küstenschutz durchgeführt werden wie etwa der Bau von Wällen aus abgestorbenem Korallengestein oder das Anlegen von Mangrovenwäldern zum Schutz vor Bodenerosionen an der Küstenlinie. Für diese Maßnahmen hat Kiribati 10,8 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Das Geld für das KAP III-Projekt kommt von folgenden Organisationen: AusAID, Global Environment Facility, Japan Policy and Human Resources Development Fund, dem Global Facility for Disaster Reduction and Recovery und auch von der Regierung Kiribatis selber. (*Rongorongo Man 30.09.11, Pressemitteilung Weltbank 15.09.11*)

### FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

#### Pazifische Unterstützung für Wiedereinschreibung auf Dekolonisierungsliste

Die Kampagne der Landesregierung unter Präsident Oscar Temaru zur Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens in die Liste der Nicht-Selbstregierten Territorien der Vereinten Nationen läuft auf Hochtouren, hat aber bislang noch keinen endgültigen Erfolg erzielen können. Frankreich hatte 1947 das Land zusammen mit Neukaledonien willkürlich von der Liste gestrichen, aber Neukaledonien war 1987 auf Beschluss der UN-Vollversammlung wiedereingeschrieben worden.

Nach hitzigen Diskussionen stimmte die Landesversammlung

am 18. August mit einer knappen Mehrheit von 30 Stimmen (Temarus Regierungskoalition der Fraktionen UPLD und Te Mana o te mau Motu sowie zwei unabhängige Abgeordnete) für die Annahme einer Resolution, in der der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy dazu aufgefordert wird, die einseitige Streichung von der Liste rückgängig zu machen. Die Verabschiedung der Resolution war ein historischer Moment in der Geschichte des Landes, denn damit hat die Landesregierung zum ersten Mal ein explizites Mandat, die Dekolonisierung des Landes auf internationaler Ebene voranzutreiben. Temarus frühere Regierungsmehrheiten waren stets an diesem Punkt gescheitert, weil sie Abgeordnete umfassten, die gegen die Unabhängigkeit waren und Temaru vorgeworfen hatten, er habe seine in den damaligen Koalitionsabkommen zugesicherte Neutralität in der Unabhängigkeitsfrage gebrochen.

Bei Vertretern der drei Oppositionsfraktionen Tahoeraa (Vorsitzender Gaston Flosse), To Tatou Aia (Gaston Tong Sang) und la Ora Te Fenua (Jean-Christophe Bouissou) stieß die Resolution dagegen auf an Hysterie grenzende Ablehnung. Vertreter der Opposition beschwerten sich unter anderem darüber, dass mehrere Mitglieder in Temarus Regierungskoalition, die erst vor kurzem die Seiten gewechselt hatten, auf pro-französischen Listen gewählt worden waren und somit kein Mandat dazu hätten, sich für die Entkolonisierung einzusetzen. Die drei Fraktionen fochten deshalb die Gültigkeit der Resolution an. Temaru dagegen bezeichnete die Einstellung der Oppositionsabgeordneten als absurd und heuchlerisch, denn alle drei hatten in früheren Regierungsmehrheiten mit ihm koalitiert und sich somit nicht daran gestört, als Gegner der Unabhängigkeit mit seiner Unabhängigkeitspartei zusammenzuarbeiten, um Ministerposten zu ergattern.

Die Abgeordnete Eléanor Parker der Regierungsfraktion Te Mana o te Mau Motu hielt dagegen eine brillante Rede, in der sie sich klar als Gegnerin der Unabhängigkeit identifizierte, aber meinte, nur ein Entkolonisierungsprozess unter Federführung der UNO könne eine gerechte Debatte über das Thema und eine faire Abstimmung zur Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung ohne Manipulation von Seiten der französischen Regierung garantieren. Als wirkliches Motiv der hysterischen Kritiker der Wiedereinschreibung, die allesamt in der für ihre Korruption berüchtigten früheren Landesregierung unter Gaston Flosse von 1991 bis 2004 tätig waren, wurde vermutet, dass sie befürchten, falls das UN-Dekolonisationskomitee das Land unter die Lupe nimmt, könnten noch mehr der damaligen Korruptionsaffären zu Tage treten.

Der Beschluss der Landesversammlung stieß auf ein breites Echo der Unterstützung im Pazifikraum. Die Pazifische Kirchenkonferenz (PCC) beschloss auf ihrer 50. Jahrestagung Ende August in Piula (Samoa), an der Präsident Tamaru teilnahm, eine Resolution zur Unterstützung der Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens. Ebenso sprach sich Fidschis Interimspremier Voreqe Bainimarama während der Konferenz „Engaging the Pacific“ in Nadi, Fidschi, vom 1. bis 2. September, an der Richard Ariihau Tuheiava, einer der beiden Senatoren Französisch-Polynesiens in Paris, im Namen Tamarus teilnahm, für die Wiedereinschreibung aus. Eine entsprechende Passage findet sich im Abschlusskommuniqué der Konferenz, an der neben Fidschi und Französisch-Polynesien auch die Regierungen Vanuatus, der Salomonen, Papua-Neuguineas, Osttimors, Tongas, Tuvalu, Kiribatis, Naurus, der Marshallinseln und der Föderierten Staaten von Mikronesien teilnahmen.

Die französische Regierung äußerte sich dagegen skeptisch bis ablehnend zu Tamarus Kampagne und begann im Vorfeld des diesjährigen Treffens des Pacific Island Forum (PIF) vom 7. bis 8. September in Auckland (Neuseeland), die Forumsstaaten in diesem Sinne zu beeinflussen. Sichtlich besorgt über die pazifische Unterstützung für Tamarus Initiative, reiste mit Alain Juppé zum ersten Mal ein französischer Außenminister zu einem Treffen des PIF; in einer Delegation, die auch Gaston Tong Sang (faktisch eine lokale Marionette der französischen Regierung) umfasste. Damit offenbarte Frankreich erneut seine unverändert kolonialistische Haltung. Obwohl Tamaru und Tuheiava als offizielle Vertreter des Landes ihr Bestes versuchten, war die französische Lobbyarbeit (vermutlich inklusive massiver Scheckbuchdiplomatie) insofern erfolgreich, als dass die Passage zu Französisch-Polynesien im Schlusskommuniqué des PIF sichtlich verwässert wurde, und anstelle einer Unterstützung der Wiedereinschreibung *„Französisch-Polynesien und Frankreich aufgefordert werden, einen Konsens zu finden, um das Recht Französisch-Polynesiens auf Selbstbestimmung zu realisieren“*, was ziemlich ironisch klingt, da Frankreich seit Jahrzehnten einen ebensolchen Konsens blockiert.

Trotz dieser enttäuschenden Positionierung des PIF setzen sich einzelne Pazifikstaaten weiterhin für Französisch-Polynesien ein. Während der diesjährigen UN-Vollversammlung forderten Ende September die Premierminister Vanuatus und der Salomonen, Sato Kilman und Danny Philip, die Wiedereinschreibung des Landes, und Samoas Premierminister Tuilaepa Aiono Seilele Malielegaoi ermöglichte Tamaru und Tuheiava als Teil der samoanischen Delegation die Teilnahme an der UN-Vollversammlung. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor. Quellen: Tahiti-press, Tahiti Pacifique; Pacific Islands Forum Secretariat <http://www.forumsec.org>, <http://www.fiji.gov.fj/>, eigene Recherchen)

## Senator fordert Klärung der Beziehungen zwischen Frankreich und Hawai'i

Am 29. September stellte Französisch-Polynesiens Senator Richard Ariihau Tuheiava im französischen Senat eine offizielle Anfrage an den französischen Premierminister François Fillon über den rechtlichen Status der Beziehungen zwischen Frankreich und Hawai'i.

Da Hawai'i von den USA nicht in völkerrechtlich korrekter Weise durch einen Annektionsvertrag erworben, sondern 1898 einseitig besetzt wurde, und zudem zwei zuvor abgeschlossene rechtlich bindende Exekutivabkommen zwischen dem damaligen US-Präsidenten und der hawaiischen Königin von den USA nie in die Tat umgesetzt wurden, ist der völkerrechtliche Status Hawaiis bis heute unklar. Dies betrifft insbesondere den Status der im 19. Jahrhundert von Hawai'i mit zahlreichen europäischen Staaten geschlossenen internationalen Verträge. Da eine rechtliche Sukzession der Vereinigten Staaten in diese Verträge nie stattfand, wurden sie von vielen Staaten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als gültig betrachtet, beispielsweise in Belgien bis 1908 und in der Schweiz bis in die 1940er Jahre. Selbst diese Daten markieren keine rechtliche Abschaffung der Verträge, sondern lediglich eine faktische Streichung aus den offiziellen Vertragsregistern des jeweiligen Staates.

In seiner Anfrage bezog sich Tuheiava auf den 1857 zwischen dem französischen Kaiser Napoleon III und Hawai'is König Kamehameha IV geschlossenen Freundschafts-, Handels und Schifffahrtsvertrag und befragte Juppé über den gegenwärtigen Status dieses Vertrages. Tuheiava meinte, die Klärung dieses Sachverhaltes sei für Französisch-Polynesien von besonderer Wichtigkeit, da das benachbarte Hawai'i für sein Land ein bedeutender Handelspartner ist. Aus

diesem Grunde war sogar schon vor dem Vertrag von 1857 ein Postabkommen zwischen den französischen Protektoratsbehörden in Tahiti (d.h. dem Rechtsvorgänger des heutigen Französisch-Polynesien) und dem hawaiischen Königreich geschlossen worden. Die Antwort Fillons steht bislang noch aus.

*(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Sentinelle: L'actualité du droit international <http://www.sfdi.org>; Website des französischen Senats*

*<http://www.senat.fr/basile/visio.do?id=qSEQ110920195>>; eigene Recherchen)*

## HAWAI'I

### Hohe Ausgaben für Übersetzungen

Bei der hawaiischen Judikative haben sich die Kosten für staatlich vereidigte Dolmetscher im Gerichtswesen zwischen den Jahren 2006 und 2011 nahezu verdoppelt. 2006 musste der US-amerikanische Bundesstaat Hawai'i noch 70.723 US-Dollar für Übersetzungen in acht pazifische Sprachen ausgeben, 2010 waren es bereits 132.017 US-\$. In 3.500 Anhörungen vor Gericht war ein Übersetzer nötig. Angeklagte in den USA haben das Recht auf die Übersetzung der Verhandlungen in ihre Muttersprache.

Im vergangenen Jahr waren für Übersetzungen in die Sprache der Chuuk-Insel Ausgaben in Höhe von 94.673 US-\$ zu verzeichnen. 105.625 US-Dollar kosteten die Übersetzungen in die Sprachen der Föderierten Staaten von Mikronesien und 26.151 Dollar waren nötig für die Übersetzung in die Sprache der Marshallinseln. Für die vier Angeklagten aus Palau mussten immerhin nur 241 Dollar ausgegeben werden.

Das hawaiische Rechtssystem beklagte die Zunahme an Übersetzungen in seltene pazifische Sprachen wie es die Sprachen von Pohnpei, Kosrae, Yap und der Insel Mortlock sind. Man habe nur eine begrenzte Anzahl von Übersetzern für diese Sprachen, die für die Übersetzung vor Ge-

richt geeignet seien, hieß es seitens des Gerichtswesens. Durch die immer größer werdende Zahl von pazifischen Saisonarbeitern und Arbeitsmigranten kommt es auch zu mehr Straftaten, die einer Gerichtsverhandlung bedürften. Man baue sich derzeit einen Übersetzer-Pool für weitere pazifische Sprachen auf, erklärte ein Sprecher des Obersten Gerichtshofes von Hawai'i. *(Marshall Islands Journal 26.08.11)*

### Hawaiier gewinnt Immobilienstreit mit der Deutschen Bank

Die Ende 2010 von dem hawaiischen Aktivistin und Unternehmer Kale Gumapac gegründete Servicefirma Laulima LLC, die ihren Kunden verspricht, die Beschlagnahme deren Grundbesitzes bei nicht erfolgter Abzahlung von Hypotheken zu stoppen, hat vor Gericht ihre ersten Erfolge erzielt. Am 24. August entschied der am Distriktgericht in Hilo (Insel Hawai'i) tätige Richter Harry Freitas, dass die Deutsche Bank, die Gumapacs Haus in Puna in der Nähe von Hilo in einer Zwangsversteigerung erworben hatte, nachdem dieser sich geweigert hatte, seine Hypothek abzuzahlen, kein Recht hat, eine Zwangsvollstreckung an dem Grundstück zu vollziehen, da Gumapacs Landtitel nicht perfekt ist.

Unter Beratung des Politikwissenschaftlers Keanu Sai und des Anwalts Dexter Kaiama hatte Gumapac argumentiert, dass alle seit der US-Invasion von 1893 in Hawai'i abgewickelten Immobilientransfers ungültig sind, da es seitdem keine legitime hawaiische Regierung mehr gibt. Damals hatten die USA in einem rechtlich bindenden Exekutivabkommen mit Hawai'is letzter Königin die Anwendung hawaiischen Rechts und die baldmöglichste Wiederherstellung einer legitimen hawaiischen Regierung versprochen, dieses Abkommen aber nie in die Tat um-

gesetzt. Da seitdem kein Landverkauf von einem legitimen Notar nach hawaiischem Immobilienrecht mehr beglaubigt wurde, seien alle Landtitel heute ungültig, und könnten somit auch nicht von einer Bank beschlagnahmt werden. Neben Gumapac selbst hat seine Firma über 300 zahlende Kunden, die davon bedroht sind, ihre Häuser durch Zwangsvollstreckungen zu verlieren.

Der Richterspruch Freitas' stellt einen wichtigen ersten Erfolg für Gumapacs Firma dar, da er als Präzedenzfall für die anderen anhängigen Fälle dienen kann und damit zum ersten Mal die rechtliche Fiktion gültiger Landtitel in Hawai'i in Frage gestellt wird. Bisherige Versuche, vor Gericht so zu argumentieren, waren stets mit dem Hinweis auf angeblich in Hawai'i gültiges amerikanisches Immobilienrecht abgeschmettert worden. Es bleibt abzuwarten, wie höhere Instanzen zu diesem Thema urteilen werden, denn die endgültige Entscheidung wird tiefgreifende Konsequenzen für den Immobilienmarkt Hawai'is und die Lebensqualität der ärmeren hawaiischen Landbesitzer haben. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittelglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Eigene Recherchen)*

### APEC-Gipfeltreffen führt zu Skandalen und Protesten

Anfang November fand in Honolulu das 19. Gipfeltreffen des 1989 gegründeten Wirtschaftsforums "Asia-Pacific Economic Cooperation" (APEC) statt. Dazu reisten die Staats- oder Regierungschefs der 21 APEC-Mitgliedsstaaten an, darunter US-Präsident Barack Obama, Chinas Präsident Hu Jintao, Russlands Präsident Dimitri Medwedew und Japans Premierminister Yoshihiko Noda. Weitere APEC-Mitgliedsländer sind Kanada, Mexiko, Peru, Chile, Südkorea, Hong Kong, Taiwan, Vietnam, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien, die Philippinen, Papua-Neuguinea, Australien und Neuseeland.

Hauptthema des Treffens war die Verhandlung des von Obama initiierten "Trans-Pacific Partnership" (TPP), eines geplanten Freihandelsabkommens zwischen den Anrainerstaaten beider Seiten des Pazifiks.

Das Gipfeltreffen war das hochkarätigste in der Geschichte Hawaiis und erforderte Sicherheitsmaßnahmen von bislang unerreichtem Ausmaß. Mehrere Straßenblöcke rund um das Konferenzzentrum und das Hotel, in dem die Staatsgäste übernachteten, wurden zum militärischen Sperrgebiet erklärt, ebenso Honolulu internationaler Flughafen, sowie Teile der Küste vor und des Luftraums über Honolulu Strandviertel Waikiki. Allein für die Gemeinde Honolulu, der die lokale Polizei untersteht, beliefen sich die Sicherheitskosten auf etwa 45 Millionen US-Dollar. Neben den Gipfelgästen und ihren Mitarbeitern reisten mehrere tausend Sicherheitsagenten, Geschäftsleute und Journalisten an. Viele Einwohner Honolulu fühlten sich durch all dies genervt, so dass bereits im Vorfeld des Treffens eine angespannte Stimmung herrschte.

Darüberhinaus wurde das Gipfeltreffen von mehreren Skandalen überschattet. Am Wochenende vor dem Treffen kam es in einem Restaurant in Waikiki zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Christopher Deedy, einem US-Spezialagenten, der zur Vorbereitung des Treffens angereist war und Kollin Kealii Elderts, einem hawaiischen Lokalbesucher. Als der Streit eskalierte, zog Deedy seine Dienstwaffe und erschoss den unbewaffneten Elderts. Zur großen Empörung von Elderts Angehörigen wurde der Agent nach seiner Verhaftung gegen die Zahlung einer Kaution von 250.000 US-Dollar durch seine Dienstbehörde wieder auf freien Fuß gesetzt, ein für amerikanische Gepflogenheiten außergewöhnlich milder Umgang mit einem Mordverdächtigen. Mehrere hundert Angehörige und Freunde nahmen daraufhin an

einer Demonstration in die verbotene Zone der Stadt teil, um gegen das lasche Vorgehen der Behörden gegen Deedy zu protestieren.

Der nächste Skandal folgte, als der Gouverneur des Bundesstaates Hawai'i, Neil Abercrombie, per Dekret anordnete, den 'Iolani-Königspalast in der Altstadt von Honolulu für die Dauer des Gipfeltreffens zu schließen. Zuvor hatte eine Gruppe hawaiischer Unabhängigkeitsaktivisten versucht, das Palastgelände zu besetzen, um die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Die Schließung des Palastgeländes wurde damit begründet, weitere Protestaktionen dieser Art zu verhindern. Als jedoch der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, Perus Präsident Ollanta Humala, sein chilenischer Kollege Sebastián Piñera sowie Vertreter der Delegationen Chinas, Taiwans und Mexikos beim Palastmuseum um Sonderführungen baten, musste der Manager des Palasts, Kippen de Alba Chu, diesen Anfragen Absagen erteilen, da sich Abercrombie weigerte, das Palastgelände für sie zu öffnen. Diese absurde Haltung des Gouverneurs war umso befremdlicher, als dass gerade die Absperrung des Palastgeländes ideale Sicherheitsumstände für den Besuch ausländischer Staatschefs gegeben hätte. De Alba Chu zeigte sich sehr verbittert, da durch die Schließung nicht nur das Palastmuseum Mindereinnahmen in Höhe mehrer zehntausend Dollar erlitt, sondern auch eine Auseinandersetzung der Konferenzbesucher mit der hawaiischen Geschichte vor der US-Besatzung verhindert wurde. König Kalakaua, der den Palast 1882 erbauen lies, pflegte bilaterale Beziehungen zu mehreren der heutigen APEC-Mitgliedsstaaten, was das rege Interesse der Delegationsleiter am Besuch des Palasts erklärte, so de Alba Chu. *„Hawai'i und verschiedene APEC-Mitglieder haben eine gemeinsame Geschichte, lange bevor Hawai'i von den USA annektiert wurde. Die Ent-*

*scheidung, den Palast komplett abzuriegeln, hat mit Aloha nichts zu tun. Es ist das genaue Gegenteil.“*

Der dritte Skandal ereignete sich am Abschlussstag des Gipfels, als Obama als Gastgeber der Konferenz mit einer APEC-Tradition brach und anordnen ließ, dass die Gipfelteilnehmer zum Gruppenfoto in Anzug und Krawatte erscheinen sollten. Es ist jahrelange APEC-Tradition, sich zum Gruppenfoto in der Landestracht des Gastgeberlandes zu kleiden, so zum Beispiel in Ponchos 2008 in Lima oder in chinesischen Seidengewändern 2001 in Peking. Eine lokale Schneiderei hatte zu diesem Zweck speziell Hawaiihemden für alle Gipfelteilnehmer angefertigt, so dass Obamas Anordnung, diese nicht zu tragen, zu allgemeiner Konsternierung führte.

Auf heftige Kritik stieß aber vor allem der Anlass des Gipfeltreffens und die Konzeption von APEC selbst. Es befremdete viele, dass APEC nur Länder des pazifischen Rands („Pacific Rim“) einschließt, die kleinen Inselstaaten des Pazifiks selbst aber außen vor gelassen werden. Das von Obama geplante TPP-Freihandelsabkommen ist ebenfalls äußerst umstritten, da es, ähnlich wie das vor siebzehn Jahren unter Federführung der USA beschlossene nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, weitgehend hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, die Expansion US-amerikanischer Wirtschaftsinteressen auf Kosten schwächerer lokaler Unternehmen bevorzugt und damit letztendlich für die Einwohner der meisten Länder mehr Schaden als Nutzen bringt.

Vor diesen Hintergrund fanden mehrere Protest- bzw. Gegenveranstaltungen statt. Neben mehreren Demonstrationen und Straßenbesetzungen umfasste dies eine „Moana Nui 2011“ betitelte dreitägige Parallelkonferenz von Nichtregierungsorganisationen des pazifischen Raums.

„Moana Nui“ bedeutet „großer Ozean“ in polynesischer Sprache und ist somit ein indigener Name für den Pazifik. Die Konferenz endete mit folgender Erklärung: *„Wir, die Völker von Moana Nui, verbunden durch die Strömungen unserer ozeanischen Heimat, erklären, dass wir nicht mit der Kommodifizierung von Leben und Land, wie sie von APEC und deren Praktiken des räuberischen Kapitalismus, der Informationsverdrehung und geheimer Handelsvereinbarungen verkörpert wird, kooperieren werden. Wir be-rufen uns auf unser Recht auf freie, vorherige und informierte Einwilligung. Wir sprechen uns für kooperativen transpazifischen Dialog, Aktionen und Solidarität zwischen und unter den Völkern des Pazifiks aus, wie sie in traditioneller Praxis und Weisheit verwurzelt sind. E mau ke ea o ka aina i ka pono. A mama. Ua noa (Das Leben des Landes wird durch Rechtschaffenheit aufrechterhalten. [Bezugnahme auf das 1843 von Kamehameha III ausgesprochene hawaiische Staatsmotto])“* (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Honolulu Star-Advertiser, The Hawaii Independent, Al-Jazeera, eigene Beobachtungen und Recherchen

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Maori ist neuer Generalgouverneur

Zum 1. September ist der Maori Sir Jerry Mateparae als neuer Generalgouverneur von Neuseeland in einer feierlichen Zeremonie im Parlamentsgebäude „Beehive“ in Wellington vor 1.500 geladenen Gästen aus Politik, Gesellschaft und Kirche in sein Amt eingeschworen worden.

Er ist Nachfolger von Sir Anand Satyanand, der das Amt von 2006 bis 2011 innehatte, und der erste Generalgouverneur mit indo-fidschianischen Wurzeln war.

Mateparae hat sein gesamtes bisheriges Leben bei der Armee verbracht, in die er 1972 eingetre-

ten war. Im Laufe seiner Militärzeit stieg er zu den höchsten militärischen Ehren auf und wurde 2006 zum Oberkommandierenden der neuseeländischen Streitkräfte ernannt. Zuvor hatte er bereits das Oberkommando über die Friedensmission auf der neuguineischen Insel Bougainville sowie das Kommando über die neuseeländischen Soldaten in der friedenssichernden multinationalen Truppe in Osttimor inne.

Im Januar 2011 war General Mateparae aus dem Militärdienst ausgeschieden, sein Nachfolger als Chef der Streitkräfte wurde Rhys Jones. Im März war Mateparae zum neuen Generalgouverneur ernannt worden.

Jerry Mateparae (Jahrgang 1954) ist verheiratet und hat fünf Kinder. Für seine Dienste in Osttimor, Bougainville und Indonesien ist Mateparae jeweils mit den höchsten Orden der jeweiligen Länder ausgezeichnet worden. Als Generalgouverneur wurde er automatisch zum „Principal Knight Grand Commander“ des Ordens der britischen Königin „Queen's Service Order“. Seitdem trägt er in der Öffentlichkeit folgenden Ehrentitel: *„His Excellency Lieutenant General The Right Honourable Sir Jeremiah Mateparae GNZM QSO“*.

*Info:* Neuseeland ist ein unabhängiges Land im britischen „Commonwealth of Nations“, in dem die britische Monarchin Elizabeth II. Staatsoberhaupt ist. Ihr direkter Vertreter vor Ort wird als Generalgouverneur bezeichnet. Er wird von der Monarchin auf Vorschlag der jeweiligen Regierungen ernannt und nimmt in ihrem Namen die von den jeweiligen Rechtsordnungen vorgesehenen zeremoniellen und verfassungsrechtlichen Funktionen wahr. Die Amtsgewalt des Generalgouverneurs ist vergleichbar mit der des deutschen Bundespräsidenten. (*Flash d'Océanie 31.08.11, [http://en.wikipedia.org/wiki/Jerry\\_Mateparae](http://en.wikipedia.org/wiki/Jerry_Mateparae)*

## Presseagentur aufgelöst

132 Jahre nach ihrer Gründung hat die neuseeländische Presseagentur NZPA (New Zealand Press Association) zum 1. September 2011 ihren Betrieb eingestellt. Bereits im April hatte der australische Medienkonzern Fairfax beschlossen, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen. Fairfax war größter Anteilseigner und ohne seine Beteiligung erschien der Weiterbetrieb der Agentur nicht mehr rentabel.

Der Chef der NZPA, Kevin Norquay, bedauerte den Niedergang der einstmals renommierten Agentur. Sie war 1879 als „United Press Association“ gegründet worden und 1942 in „New Zealand Press Association“ umbenannt worden. Ihre Blütezeit erlebte die Agentur Ende des 20. Jahrhunderts, als mehr als 70 neuseeländische Medien den Nachrichtendienst abonniert hatten und die NZPA Regionalbüros in London, Sydney, New York, Washington und Singapur betrieb.

Norquay erklärte, die für die Agentur schreibenden Journalisten seien „unsung heroes“ gewesen, da ihre Artikel nicht mit ihrem persönlichen Namenskürzel, sondern immer mit dem Kürzel der NZPA erschienen. Zuletzt arbeiteten noch 40 Journalisten für die NZPA, sie produzierten täglich über 1.000 Nachrichten zur Weiterleitung an die Medien. (*NZ Herald 06.04.11, Radio Australia 30.08.11, [www.nzpa.co.nz/](http://www.nzpa.co.nz/)*)

## Fonds zur Bewahrung der Sprache

Mit Hilfe eines neu eingerichteten Fonds soll das „Vagahau“, die einheimische Sprache auf der mit Neuseeland assoziierten Insel Niue, in Neuseeland vor dem Aussterben bewahrt werden. Der „Vagahau Niue NZ Trust“ will vor allem junge Leute ermutigen, das Vagahau zu sprechen. Die Vorsitzende des Fonds, Mele Ne-

maia, erklärte, es ginge zunächst darum, die Finanzierung des Fonds für die nächsten drei bis fünf Jahre zu sichern und dann eine Strategie zu entwickeln, wie man das Vagahau in Neuseeland erhalten könne und die in Neuseeland lebenden Niueaner dazu ermutigen könne, sich ihrer Heimatsprache zu bedienen.

In ihrem Bestreben, die Sprache zu bewahren, hat das neuseeländische „Ministry of Pacific Island Affairs“ bereits einen Online-Sprachkurs auf der Internetseite <http://www.learnniue.com> zur Verfügung gestellt.

*Info:* Auf der Koralleninsel Niue nordöstlich von Tonga leben derzeit noch rund 1.300 Menschen. Eine starke Abwanderung nach Neuseeland hat die Einwohnerzahl seit 1966 um mehr als die Hälfte vermindert. In Neuseeland leben heute 20.148 Niueaner. Die Niueaner sprechen eine eigene polynesischsprachige Sprache, das Niueanische (Niue Vagahau), dessen nächste verwandte Sprache Tongaisch ist.

(<http://www.niuenews1.com/vagahau-niue-trust-wants-your-help/7880/>, Radio NZ. Inter. 08.11.11, <http://www.learnniue.com/>)

### **Erdbebenschäden höher als erwartet**

Der Wiederaufbau der durch zwei schwere Erdbeben massiv zerstörten Stadt Christchurch auf der Südinsel Neuseelands wird teurer als erwartet. Das gaben der neuseeländische Finanzminister Bill English und der Beauftragte für den Wiederaufbau, Gerry Brownlee, bekannt. Die von einer eigens eingerichteten Kommission errechneten Mittel zum Wiederaufbau in Höhe von rund drei Milliarden NZ-Dollar (ca. 1,75 Mrd. €) reichen bei weitem nicht aus, hieß es seitens der Minister. Gerechnet werden muss nun mit Kosten in Höhe von 7,1 Mrd. Dollar (4,13 Mrd. €). Die höheren Kosten kommen vor allem durch den Wiederaufbau von öffentlichen Gebäuden und Wohnhäusern zustande. 30.000 Gebäude

waren bei den beiden Erdbeben vom 4. September 2010 und vom 22. Februar 2011 beschädigt worden. Durchschnittlich sind 100.000 NZ-Dollar zum Wiederaufbau eines Gebäudes nötig, erklärte Brownlee.

Bei dem September-Beben mit einer Stärke von 7,1 auf der Richterskala waren viele Gebäude schwer beschädigt worden, doch keine Todesopfer zu beklagen. Bei dem Februar-Beben starben über 180 Menschen in den Trümmern der Häuser.

Ein zweiter wichtiger Kostenfaktor ist die Gesundheit der in der Region um Christchurch lebenden Einwohner. Ein Team von Medizinern und Psychologen beobachtet bei diesen Menschen seit den beiden Beben vermehrte Haarausfälle und führt dies auf eine post-traumatische Belastungsstörung zurück, die durch zahlreiche Nachbeben bei den Betroffenen ausgelöst wurde. Perückenmacher in der Region Canterbury sagten gegenüber den Medien, ihre Kundenzahl sei seit den Beben rasant angestiegen und sie hätten nun bereits 8-jährige Kinder als Kunden. (*Flash d'Océanie* 30.03.11, <http://www.wopular.com/service-nz-earthquake-victim>)

### **Neue Botschafterin für frz. Überseegebiete**

Der neuseeländische Außenminister Murray McCully hat Linda Te Puni zur neuen Botschafterin für Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Wallis und Futuna ernannt. Sie wird ihren Wohnsitz in Nouméa, Hauptstadt von Neukaledonien, nehmen. Linda Te Puni war zuvor Botschafterin für die zu Neuseeland gehörenden Cookinseln. Mit diplomatischen Einsätzen in Paris, Mexiko, Samoa, den Salomonen und Fidschi verfügt Te Puni über umfangreiche Kenntnisse der Pazifikregion.

McCully nutzte die Ernennung von Te Puni, um auf die Bedeu-

tung der französischen Überseegebiete im Pazifik für die neuseeländische Politik und Wirtschaft aufmerksam zu machen. Neuseeland strebe eine noch engere Bindung an diese Gebiete an, betonte der Außenminister. Deshalb unterstützt Neuseeland den Wunsch Neukaledoniens nach einem festen Sitz im „Pacific Islands Forum“. Seit 2006 sind sowohl Französisch-Polynesien als auch Neukaledonien „assoziierte Mitglieder“ des Forums.

(<http://www.beehive.govt.nz/release/mccully-appoints-consul-general-new-caledonia>, *Flash d'Océanie* 22.09.11)

### **Neuer Botschafter für Tuvalu**

Der neuseeländische Außenminister Murray McCully hat Mitte September Gareth Smith zum Botschafter Tuvalus ernannt. Wegen der Kleinheit dieses polynesischen Inselstaates mit seinen rund 15.000 Bewohnern wird Smith nicht in Tuvalu wohnen, sondern die Interessen Neuseelands von Wellington aus wahrnehmen. Neuseeland unterstützt Tuvalu jährlich mit vier Millionen NZ-Dollar Entwicklungshilfe in den Bereichen Bildung, Gesundheit und im Arbeitsmarkt. Smith war bis dato erster Botschaftssekretär bei der neuseeländischen Botschaft im australischen Canberra. Davor war er stellvertretender Botschafter bei der neuseeländischen Botschaft im Königreich Tonga.

(<http://www.beehive.govt.nz/release/mccully-appoints-african-union-ambassador>, *Flash d'Océanie* 21.09.11)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Indon. Sicherheitskräfte schlagen Papua-Kongress blutig nieder

**Abepura:** Der dritte Kongress des Papuavolkes endete mit polizeilicher und militärischer Gewalt. Über 4.000 indigene Papua hatten sich vom 17. bis 19. Oktober friedvoll auf dem „Zacheus Missions Platz“ in Abepura, Jayapura Stadt, versammelt, um an einem der wichtigsten Gremien des Papuavolkes teilzunehmen. Es handelte sich um das größte und wichtigste Treffen indigener Papua seit dem ersten Volkskongress im Jahr 2000.

Die Versammlung erfolgte unter strikter Beobachtung der indonesischen Sicherheitskräfte: Über 2.000 Angehörige der indonesischen Polizei und des Militärs sollen bereitgestanden und mindestens 200 das Gelände vom ersten Tag an umzingelt haben. Am dritten Tag lösten sie die Versammlung mit Gewalt auf.

Am Nachmittag des 19. Oktober hatte der Kongress eine neue Papuaführung bestimmt und eine Erklärung zur Selbstbestimmung des Papuavolkes vorgelegt. Zum Präsidenten einer Papua-Übergangsregierung war Forkorus Yaboisembut gewählt worden, der Vorsitzende des Traditionellen Papuarates DAP (Dewan Adat Papua). Zum Premierminister wurde Edison Waromi ernannt, ein Missionar der pentecostalen Kirche. Der designierte Präsident verlas dann eine Erklärung, wonach Westpapua fortan den Namen „The Federation of West Papua“ tragen sollte. Englisch und Malay-Pidgin wurden als Nationalsprachen festgelegt. Yaboisembut beendete seine Ansprache mit folgendem Satz: „*Today, on 19 October 2011, we declare West Papua as an independent and sovereign state*“. Die

indonesischen Sicherheitskräfte reagierten daraufhin mit repressiver Gewalt. Sie feuerten Warningschüsse ab, setzten Tränengas ein und schlugen mit Knüppeln auf Kongressteilnehmer ein. Augenzeugen berichten von hunderterten von Schüssen, die bis gegen 18 Uhr angehalten haben sollen. Die indonesischen Sicherheitskräfte drangen auf der Suche nach Kongressteilnehmern auch in ein Haus des katholischen Franziskanerordens ein und durchsuchten es gewaltsam. Sie zerstörten Fensterscheiben und stahlen Computer. Augenzeugen der katholischen Kirche wie der evangelischen Kirche GKI-TP berichten von Stunden der Angst und des Schreckens in Abepura. Die indonesische Polizei bestätigte den Tod von sieben Zivilisten. Mindestens 30 weitere sollen verletzt worden sein.

Von zunächst 300 festgenommenen Kongressteilnehmern sind die meisten inzwischen wieder auf freiem Fuß. Fünf Personen sind von der Polizei wegen Rebellion und Staatsverrat unter Artikel 110, 106 und 160 des indonesischen Strafgesetzbuches verhaftet worden und befinden sich in Polizeigewahrsam. Darunter auch prominente Papua wie den neuen „Präsidenten“ Forkorus Yaboisembut. Ihm und den vier weiteren Verhafteten droht möglicherweise eine lebenslange Haftstrafe.

Das brutale Vorgehen der indonesischen Sicherheitskräfte gegenüber den friedlichen Kongressteilnehmern hat weltweit Entsetzen hervorgerufen. Der Senator der Grünen im australischen Bundesstaat Victoria, Richard Di Nata, rief die australische Regierung dazu auf, die militärische Zusammenarbeit mit Indonesien unverzüglich zu beenden.

Der US-amerikanische Kongressabgeordnete Eni Faleomavaega aus US-Samoa äußerte sich besorgt über die Festnahmen und forderte die sofortige Freilassung von Forkorus Yaboisembut. Der Ökumenische Rat der Kirchen Indonesiens PGI

(Persekutuan Gereja-Gereja di Indonesia) verurteilte in einer Pressemitteilung das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte und rief den indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono dazu auf, in eine konstruktive Kommunikation (Dialog) mit der Bevölkerung Papuas zu treten. Die internationale Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ verlangte die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Aufarbeitung des Geschehens durch die indonesische Menschenrechtskommission.

*(Flash d'Océanie 21.10.11, Mitteilung der JPIC GKI Synodenbüro 21.10.11, Sydney Morning Herald 21.10.11, diverse Pressemitteilungen des West-Papua-Netzwerk <http://www.west-papua-netz.de>)*

### Menschenrechts- Bericht vorgelegt

**Genf:** Nachdem im Oktober der dritte Papua-Kongress in Jayapura gewaltsam durch indonesische Sicherheitskräfte aufgelöst wurde, ist Indonesien nun durch den neuen englischsprachigen Bericht „Menschenrechte in Papua 2010/2011“ (Human Rights in Papua 2010/2011) mit dem vollen Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Papua konfrontiert worden. Der Bericht wurde am 2. November 2011 vom Faith Based Network on West Papua (FBN) in Kooperation mit Franciscans International (FI) und der Asian Human Rights Commission (AHRC) in Genf veröffentlicht.

Der Bericht schildert die grausame Realität von Verletzungen ziviler und politischer Menschenrechte sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte in Papua in den Jahren 2010 und 2011. Der Bericht soll auf die Menschenrechtssituation in Papua aufmerksam machen und helfen, in Papua ein „Land des Friedens“ zu schaffen.

Konkret lenkt der Bericht die Aufmerksamkeit auf die schwierige Situation von nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Menschen-



rechtsverteidigern. Diese sind regelmäßig Opfer von Einschüchterungen, Schikanen und willkürlichen Verhaftungen unter dem Vorwurf des Staatsverrats (markar), während sie von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung im Ringen um Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit Gebrauch machen. Der Bericht prangert außerdem die Politik der indonesischen Regierung an, die darauf ausgerichtet ist, internationale Menschenrechtsorganisationen, die in West-Papua tätig sind, zu diskreditieren und ihre Arbeit zu beschränken.

Einige internationale Organisationen sind direkt oder indirekt gezwungen, sich aus dem Land zurückzuziehen, wie beispielsweise das „International Committee for the Red Cross“ (ICRC) und die „Peace Brigades International“ (PBI). Auch der Zugriff auf internationale Medien wird durch manipulierte bürokratische Prozesse häufig behindert.

Zur Vorstellung des Berichtes und anlässlich der aktuellen tragischen Entwicklungen in Papua, lud Franciscan International am 2. November zu einem Runden Tisch nach Genf ein. An diesem nahmen sowohl Vertreter der Zivilgesellschaft wie vom Faith Based Network on West Papua, Geneva for Human Rights, Human Rights Watch, TAPOL, World Organization Against Torture (OMCT) und dem Papua Peace Network (JDP, Jaringan Damai Papua) teil, als auch Vertreter des UN-Sonderberichterstatters zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und die ständige Vertretung der Republik Indonesien an den Vereinten Nationen.

In Reaktion auf die zahlreichen vorgebrachten Probleme und Bedenken, die während der Diskussion geäußert wurden, gab die Vertretung der indonesischen Regierung ein offizielles Statement ab, in dem es hieß, dass der „Schutz der Menschenrechte nationale Priorität genießt“. Bei aller Anerkennung für die Mitar-

beit der ständigen Vertretung der Republik Indonesien traf diese Aussage auf starken Widerspruch seitens der Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Man äußerte, dass *„politische Reden im Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen in Papua nicht genug seien, da - in Wirklichkeit - noch immer ein Klima der Angst in Papua herrscht.“* Die NROs schlossen mit der Anforderung an die Regierung Indonesiens, umgehend alle politischen Gefangenen freizulassen; Einschüchterungen, Schikanen und körperliche Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und religiöse Führer sofort einzustellen; Folter unter Strafe zu stellen und das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter zu ratifizieren; das internationale Übereinkommen zum Schutz vor dem „Verschwindenlassen“ zu ratifizieren; und in einen aufrichtigen Dialog mit nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen einzutreten. (Artikel von Kristina Neubauer, Koordinatorin des Faith Based Network on West Papua und Koordinatorin des West Papua-Netzwerkes, 18.11.11)

### Minen-Streik geht weiter

**Westpapua:** Seit drei Monaten bestreiken Arbeiter der Freeport-Mine bei Timika die Gold- und Kupfermine am Grasberg. Rund 1.000 Gewerkschaftsangehörige von den insgesamt 12.000 Angestellten haben sich seit dem 15. September an dem Streik beteiligt. Versuche der indonesischen Sicherheitskräfte, den Streik gewaltsam aufzulösen, endeten blutig. Ein Mensch starb, dutzende Minenarbeiter wurden verletzt. An dem anschließenden Protestmarsch gegen das brutale Vorgehen des Militärs beteiligten sich über 90 % der Belegschaft.

Zu dem Streik war es gekommen, als die Geschäftsführung des Bergbaukonzerns Freeport-McMoran aus Phoenix/Arizona angekündigt hatte, Fremdarbeiter einzufließen und diese Gastarbeiter auch in den Schlafbaracken

der einheimischen Angestellten unterzubringen.

Die einheimischen Angestellten streiken auch für eine Lohnerhöhung. Der durchschnittliche Stundenlohn für einen indigenen Papua beträgt mind. 2,10 US-Dollar bis max. 3,50 \$. Die Arbeiter fordern einen Mindeststundenlohn von 7,50 US-Dollar. Überall auf der Welt bezahle Freeport seine Minenarbeiter höher, nur in Papua seien die Gehälter derart gering, erklärte ein Streikender. Die Papuas erhielten nur 10 % des branchenüblichen Stundenlohns für die körperlich schwere und gefährliche Arbeit im Bergwerk.

Nach Angaben des Gewerkschaftssprechers Virgo Solossa soll der Streik um einen weiteren Monat bis zum 15. Dezember verlängert werden. Die Verhandlungen mit Freeport-McMoran um höhere Gehälter gelten bis dato als gescheitert. Freeport-McMoran hatte den Streikenden eine Gehaltserhöhung von 30 % angeboten.

Nach Angaben Freeports hat der Konzern durch einen achttägigen Streik im Juli und durch den derzeitigen Streik bereits hohe Verluste im dritten Quartal erlitten. (The Guardian 10.10.11, ABC 15.11.11, <http://www.ibtimes.com/articles/239594/20111028/union-says-talks-freeport-indonesian-strike-frozen.htm>)

### Staatsorchester tourte durch Australien

**Australien:** Anfang Oktober hat das 40-köpfige Indonesische Staatsorchester (Indonesian National Orchestra, INO) eine erfolgreiche Tournee durch die australischen Städte Canberra, Melbourne und Sydney absolviert. Die Musiker unter Leitung des Dirigenten Dr. Franki Raden waren erstmals in dieser Besetzung auf Tournee. Das Staatsorchester setzt sich aus Musikern und Sängern aller indonesischen Provinzen zusammen. Es vereinigt von Mantras-singenden Dayak über klassische Gamelan-Spieler bis

hin zu Nasenflötenspielern aus Flores unterschiedliche musikalischen Traditionen und Kulturen des 17.000 Inseln umfassenden Vielvölkerstaates. Die von Raden eigens komponierten Werke seien ein Spiegelbild der heutigen indonesischen Gesellschaft, erklärte der Dirigent. Zwar habe er zeitgenössische Musikstücke komponiert, doch fußten diese auf uralten musikalischen Traditionen der einzelnen Regionen, sagte Raden weiter.

Amrih Widodo, Dozent für Indonesistik an der „Australian National University“ in Canberra, betonte die Einzigartigkeit des Orchesters. Im Gegensatz zu den Zeiten der Diktatur unter Suharto, wo auf staatliche Anweisung nur eine bestimmte Art von Musik gespielt werden durfte, hätten die Musiker nun erstmals die Möglichkeit, auch Musik der indigenen Völker Indonesiens in ihrer ganzen Bandbreite und mit einer Vielzahl traditioneller Musikinstrumente zu spielen.

*Info:* Musikdirektor Dr. Franki Raden, Dirigent und promovierter Musikethnologe, hatte das INO Anfang 2010 gegründet. Im Mai 2010 spielte das Orchester erstmals öffentlich in Jakarta und erhielt überwältigende Kritiken. Die „Australian Tour 2011“ war die erste Auslandstournee des Orchesters und entstand durch die Kooperation mit der australischen Regierung und der ANU in Canberra. (*Asia Pacific 07.10.11, <http://indonesiannationalorchestra.com/>, <http://www.indonesia.travel/en/news/detail/489/australia-first-stop-on-world-premiere-tour-of-indonesian-national-orchestra-under-franki-raden>*)

## 20. Jahrestag des Santa Cruz Massakers

**Timor-Leste:** Vor 20 Jahren, am 12. November 1991, ereignete sich in der Hauptstadt Dili das bekannte Massaker auf dem Santa Cruz Friedhof in der Hauptstadt Dili, das zu einem entscheidenden Wendepunkt der indonesischen Okkupation führte. Dieser Tag ist ein offizieller Feiertag, an

dem den Opfern des Massakers gedacht wird. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und ETAN (East Timor Action Network) nehmen 20. Jahrestag zum Anlass, um Gerechtigkeit, Täterverfolgung und Aufklärung der Verbrechen zu fordern.

Am 12. November 1991 versammelte sich eine Menschenmenge zu einem Trauermarsch zum Gedenken an den von indonesischen Sicherheitskräften getöteten Unabhängigkeitsaktivisten Sebastião Gomes. Rund 3.000 junge Männer, Frauen und Kinder schlossen sich dem friedlichen Trauermarsch zum Santa Cruz an, als indonesische Truppen das Feuer eröffneten. In dem Blutbad und später im Krankenhaus starben 271 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche. Es gab mindestens 278 Verletzte und 270 Personen bleiben bis heute verschwunden. Während der indonesischen Besatzungszeit gab es zahlreiche Massaker und Menschenrechtsverbrechen, die sogar mehr Opfer forderten als bei dem Santa Cruz Massaker von 20 Jahren. Der Grund, warum es trotzdem zum Wahrzeichen der brutalen Besatzungszeit wurde liegt darin zugrunde, dass das Massaker von internationalen Journalisten beobachtet und gefilmt wurde. Das Filmmaterial von dem britischen Journalisten Max Stahl ging um die ganze Welt und kann heute noch in einschlägigen Videoportalen angesehen werden. Bei dem Massaker wurden die internationalen Journalisten selbst Ziel der Angriffe, bei denen ein Neuseeländer starb. Die internationale Unterstützung, die bis zum Massaker Indonesien galt, wurde erschüttert, was die Unabhängigkeitsbewegung von Timor-Leste begünstigte.

Menschenrechtsorganisationen fordern zum 20. Jahrestag die indonesische und osttimoresische Regierung auf, für Gerechtigkeit und Aufklärung der unrechtmäßigen Ermordungen, Kidnappings, der massiven Gewaltanwendung und weitere Menschenrechts-

verbrechen während der friedlichen Demonstration am 12. November 1991 zu sorgen. Die in 2001 eingerichtete Wahrheitskommission „Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação“ (CAVR) bestätigte, dass von indonesischen 72 Militäroffizieren, die maßgeblich an dem Massaker beteiligt waren, nur zehn zu Haftstrafen zwischen acht und 18 Monaten verteilt wurden. Darüber hinaus bleiben unzählige Personen seit dem Massaker verschwunden. Amnesty International ruft die indonesische und osttimoresische Regierung auf, eine unabhängige, unparteiische und effektive Untersuchung einleiten, die Verbrechen gänzlich aufzuklären, die Täter vor Gericht zu stellen und Entschädigung für die Hinterbliebenen zu zahlen. (*Artikel von Janina Pawelz, Vorsitzende der DOTG*)

## AUSTRALIEN

### WikiLeaks prangert korrupte Politiker an

Die Regierung von Papua-Neuguinea ist „a totally dysfunctional blob“ - das ist die Kernaussage in den Anfang September auf der Internetplattform WikiLeaks veröffentlichten 251.287 Depeschen, die die australische Regierung und die amerikanische Botschaft in Papua-Neuguinea an die US-amerikanische Diplomatenriege geschickt haben. Die geheimen Kurzberichte der australischen Regierung waren nur für interne amerikanische Regierungskreise gedacht und kommentieren das aktuelle politische Geschehen im australischen Nachbarstaat Papua-Neuguinea. In den Depeschen heißt es u.a., der (inzwischen abgesetzte) Premierminister Sir Michael Somare sei „a false hope“. Das politische System in PNG sei „chaotic“ und die Regierung „failing“.

Zu den auf WikiLeaks veröffentlichten Berichten gehören auch Mitteilungen der amerikanischen Botschaft in Port Moresby, die für das Weiße Haus in Washington geschrieben wurden. Darin heißt es wörtlich, australische Entwicklungshilfegelder dienten nur der Bereicherung der politischen Elite statt der Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystems und der Infrastruktur.

PNG ist das Land mit dem größten Anteil australischer Hilfsgelder im Pazifik. Für die Jahre 2011 und 2012 hat Australien der PNG-Regierung 480 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung gestellt. Die staatliche Geberorganisation AusAID bezeichnete PNG als das Land mit den „*some of the worst health and education outcomes in the Asia-Pacific region*“.

Die US-Botschaft in Port Moresby nahm in ihren Berichten an die US-Regierung kein Blatt vor den Mund und schrieb z.B. im Mai 2007, die Politiker Papua-Neuguineas seien „*steeped in traditional magic and innocent of modern economies*“.

Vor den Parlamentswahlen 2007 beklagte die Botschaft den totalen Verfall des Rechtsstaates: „*The single most pressing problem facing PNG is the almost total collapse of the police force*“.

*Info:* Die geheimen Dokumente der US-Botschaft konnten an die Öffentlichkeit gelangen, weil es Hackern gelungen war, in einem Buch des Journalisten David Leigh einen versteckten Link zu finden, mit dessen Hilfe wiederum sich eine verschlüsselte Datenbank öffnen ließ. Die in einer einzigen Datenbank zusammengefassten über 250.000 Mitteilungen an die amerikanische Regierung über die Situation in Papua-Neuguinea wurden zunächst als Link über Twitter verbreitet und anschließend auf die Internetplattform WikiLeaks gestellt. Seit Oktober 2011 ist die Veröffentlichung von Dokumenten auf WikiLeaks vorübergehend ausge-

setzt.

([http://www.wikileaks.org/wiki/Category:Papua\\_New\\_Guinea](http://www.wikileaks.org/wiki/Category:Papua_New_Guinea), *Sydney Morning Herald* 03.09.11)

## Flüchtlingslager soll wiedereröffnet werden

Am 19. August haben Vertreter der australischen und neuguineischen Regierung in Port Moresby ein „Memorandum of Understanding“ (MoA) über die Wiedereröffnung des Flüchtlings-Aufnahmelagers auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus geschlossen. Für Australien unterzeichnete der Hochkommissar für Australien in PNG, Ian Kemish, das heftig diskutierte Dokument. Seitens PNG unterschrieb der neue Außen- und Einwanderungsminister Ano Pala das MoA. In dem Abkommen verpflichten sich die Australier, finanziell für die Unterbringung der Flüchtlinge in dem Lager aufzukommen. Die Regierung von PNG stellt die Logistik, die Aufsicht und übernimmt die Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser.

Die Unterbringung von Flüchtlingen auf der Insel Manus ist Teil der Einwanderungspolitik der Australier. Sie wollen den breiten Zustrom einwanderungswilliger Flüchtlinge in ihr Land verhindern und die Einreise auf den fünften Kontinent erst dann erlauben, wenn die Asylbewerber von den Einwanderungsbehörden einen positiven Bescheid bekommen haben.

Erst im Mai dieses Jahres hatten die australischen Behörden einen Handel mit Malaysia geschlossen, die so genannte „Malaysian Solution“. So hat Australien 4.000 malaysischen Flüchtlingen offiziell die Einwanderung erlaubt, im Gegenzug musste Malaysia aber ein Auffanglager für illegale Bootsflüchtlinge (so genannte „Boat people“) einrichten und sich vor Ort um die Versorgung der Asylbewerber kümmern.

Einwanderungsminister Chris Bowen erklärte, mit dem Lager in Malaysia und der geplanten Wiedereröffnung des Lagers auf Manus würde es Flüchtlingen extrem schwer gemacht, nach Australien zu kommen. Die Lager dienten als Abschreckung. Flüchtlinge würden nun sicher dreimal überlegen, ob sie sich den Gefahren einer Bootsreise unterwerfen sollten, wenn sie am Ende der Reise doch entweder nach Malaysia oder auf die Insel Manus abgeschoben würden, erklärte der Minister auf der Informationsseite der australischen Einwanderungsbehörde. Er sähe das Auffanglager auf Manus positiv, denn so hätten die Behörden genug Zeit, die einzelnen Asylanträge genau zu prüfen und erst danach eine Einreise zu bewilligen oder den Flüchtling abzuschieben.

*Info:* Das Auffanglager für Flüchtlinge auf der Insel Manus war unter der Regierung John Howard Ende 2001 im Rahmen der so genannten „Pacific Solution“ gebaut worden und diente über mehr als drei Jahre bis zur Schließung Mitte 2004 der Unterbringung von Asylbewerbern. Das Lager wurde von einheimischen Soldaten bewacht, stand aber unter Aufsicht der „International Organisation for Migration“. Wegen der gefängnisartigen Zustände im Lager, der schwierigen Versorgung mit Lebensmitteln und Trinkwasser und den unhaltbaren hygienischen Zuständen hatte es wiederholt weltweite Proteste gegen die „Lagerhaltung“ von Menschen gegeben, zumal es sich bei den meisten Insassen um schwer kriegstraumatisierte Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und dem Norden Sri Lankas handelte. Zeitweise waren bis zu 1.000 Flüchtlinge gleichzeitig im Lager untergebracht.

([www.migrationexpert.com.au](http://www.migrationexpert.com.au), <http://www.greenleft.org.au/node/48563>, *Flash d'Océanie* 20.08.11, <http://www.minister.immi.gov.au/media/cb/2011/cb170699.htm>, *Text des MoA hier: http://www.minister.immi.gov.au/media/media-releases/\_pdf/20110819-aust-png-mou.pdf)*

## Aborigines rufen Umweltminister an

Mit der Bitte, er möge per Notstandsgesetz im Rahmen des „Aboriginal and Torres Strait Islander Heritage Protection Act“ sofort den Minenbetrieb einstellen lassen, haben sich Aborigines aus Pilbara an den australischen Umweltminister Tony Burke gewandt. Die zur „Yindjibarndi Aboriginal Corporation“ (YAC) zusammengeschlossenen Aborigine-Stämme im betroffenen Minengebiet nahe der Stadt Tom Price (Bundesstaat Western Australia) fordern den sofortigen Stopp des Minenbetriebs in der Firetail-Mine des großen „Soloman Hub“-Projektes der „Fortescue Metals Group“ (FMG). Die YAC will den Minenbetrieb unterbinden, da es sich um heiliges Land der Vorfahren mit berühmten Felsmalereien, Grabstätten und einer Fundstätte der Steine namens „Gandi“ handelt, die in Initiationszeremonien junger Aborigines zur Anwendung kommen.

Zuvor hatte der Bergbaukonzern FMG angekündigt, die Mine weiterlaufen zu lassen, nachdem der Konzern eigens einen Ethnologen engagiert hatte, um die kulturelle Bedeutung des Gebietes für die Aborigines in Erfahrung zu bringen. Ein Sprecher der YAC sagte nun gegenüber den Medien, dieser Ethnologe habe nur mit einer Splittergruppe der YAC verhandelt, die des Geldes wegen sehr positiv gegenüber dem Minenbetrieb eingestellt sei. Die Splittergruppe „Wirlu-Murra Yindjibarndi Aboriginal Corporation“ habe aber keine Ahnung über die heiligen Stätte und die Gesänge und Zeremonien, die damit in Verbindung stünden. Der für die YAC arbeitende Rechtsanwalt George Irving erklärte, seines Wissens nach befänden sich rund 270 heilige Orte im Minengebiet. Der Bergbaukonzern habe sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, diese zu identifizieren und verstoße damit gegen geltendes Recht.

Die Fortescue Metals Group hatte

den Aborigines jährlich rund vier Millionen AUS-\$ an Förderabgaben für die nächsten 20 Jahre versprochen sowie eine ungenannte Summe Geldes zum Bau von Häusern, Gemeindezentren und Bildungseinrichtungen.

*Info:* Die FMG ist der viertgrößte Eisenerz-Produzent weltweit. Firmensitz ist Perth. Das größte Minenprojekt betreibt der Bergbaukonzern in der Region Pilbara im nordwestlichen Teil von Western Australia.

(<http://www.abc.net.au/local/stories/2011/04/18/3194693.htm>, ABC 28.03.11, PNG Mine Watch 08.11.11, <http://www.fmgl.com.au/>)

## Mehr pazifische Gastarbeiter erwünscht

Die australische Regierung ermöglicht ab sofort noch mehr pazifischen Staaten, saisonale Gastarbeiter nach Australien zu schicken. Das so genannte „Pacific Seasonal Worker Pilot Scheme“ regelt die genaue Zahl der Gastarbeiter pro Entsendeland sowie die Aufenthaltsdauer. Diese richtet sich nach den Erntezeiten für Obst, Gemüse und Wein. Die pazifischen Gastarbeiter erhalten nur für die Zeit der Ernte eine Aufenthaltsgenehmigung (vier bis sechs Monate) für Australien und müssen nach Vertragsende das Land verlassen.

Bis dato hatte Australien Abkommen über die Entsendung von saisonalen Arbeitskräften mit Papua-Neuguinea, Kiribati, Tonga und Vanuatu. Das Seasonal Workers Scheme wird nun ausgeweitet auf die Staatsbürger von Nauru, Samoa, den Salomonen und Tuvalu.

Es handele sich hier um eine klassische Win-Win-Situation, erklärte der parlamentarische Staatssekretär für pazifische Angelegenheiten, Richard Marles. Einerseits hätten die australischen Arbeitgeber auf den Plantagen nun mehr Arbeitskraft zur Verfügung, andererseits käme man den Bitten pazifischer Anrainernstaaten nach einer saisonalen Öffnung des australischen Ar-

beitsmarktes nach. Bislang haben sich 560 Gastarbeiter an dem saisonalen Ernteeinsatz beteiligt. (<http://www.deewr.gov.au/Employment/Programs/PSWPS/Pages/AboutPSW.aspx>, <http://www.pm.gov.au/press-office/expansion-pacific-seasonal-workers-pilot-scheme>, Radio Australia 07.09.11)

## Kohlendioxidsteuer ab Mitte 2012

Nach dem Repräsentantenhaus hat nun auch der australische Senat der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer zugestimmt. 36 Senatoren aus der Labour-Partei und von den Grünen stimmten für die Einführung einer solchen Steuer, 32 dagegen. Danach werden die 500 größten CO<sub>2</sub>-produzierenden Unternehmen ab dem 1. Juli 2012 umgerechnet etwa 17 Euro (23 australische Dollar) je produzierter Tonne Kohlendioxid zahlen müssen. Zum Vergleich: Im europäischen Emissionshandel kostet eine Tonne CO<sub>2</sub> derzeit nur knapp zehn Euro.

Der Weg war lang und beschwerlich und traf von Beginn an auf Widerstand von unternehmerischer wie konservativ-politischer Seite. Obwohl sich die australische Premierministerin Julia Gillard von der Labour-Minderheitsregierung vor ihrer Wahl 2010 entschieden gegen eine solche Abgabe ausgesprochen hatte, spricht sie heute von einem "historischem Votum", berichtet der die deutsche Wochenzeitschrift „*Spiegel*“. Zu erklären ist diese Wandlung mit parlamentarischen Machtverhältnissen, die sich nach der Wahl deutlich zugunsten der australischen Grünen und unabhängiger Abgeordneter verändert hatten, auf deren Unterstützung Gillard angewiesen ist.

Die Einnahmen aus der Steuer sollen künftig auch in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen. Allerdings sind auch Steuererleichterungen und Ausgaben zur Familienförderung vorgesehen.

Von der Einführung der Steuer verspricht sich die Regierung die

Verminderung des Ausstoßes von Kohlendioxid in Höhe von 160 Millionen Tonnen jährlich bis zum Jahr 2020. Laut dem Klimaschutzindex 2011 zählt Australien neben Kasachstan und Saudi Arabien zu den Ländern mit den - relativ gemessen - höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Staat nutzt zur Energieversorgung in erster Linie Kohlekraftwerke.

Die Opposition unter Führung des konservativen Politikers Tony Abbott hatte bis zuletzt vehement gegen das Gesetz vorzugehen versucht. Sollten die Konservativen 2013 gewählt werden, versprach Abbott die Abkehr von dem Gesetz.

Im Jahr 2015 soll die Kohlendioxid-Steuer von einem Emissionshandel im Asien-Pazifik-Raum abgelöst werden. (*Flash d'Océanie* 08.11.11, [www.klimaretter.info](http://www.klimaretter.info), *Spiegel online* 08.11.11)

### Regierung unterstützt Fidschi

Die staatliche Entwicklungshilfeorganisation AusAID hat Fidschi 27,6 Millionen Dollar zur Verbesserung des Gesundheitssektors in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung gestellt. Der fidschianische Sprecher des Gesundheitsministeriums, Peni Namotu, sagte, die Gelder seien Bestandteil eines auf fünf Jahre angelegten Masterplanes zur Verbesserung der Gesundheitssituation von Schwangeren, Säuglingen und Kleinkindern. Ein Schwerpunkt des Masterplanes 2011 - 2015 liegt auch auf der Bekämpfung von Diabetes. (*Fijilive* 28.08.11, <http://www.ausaid.gov.au/country/country.cfm?CountryId=15>)

### Salomonen eröffnen Botschaftsgebäude

Nach zwei Jahrzehnten in gemieteten Räumlichkeiten haben die Salomon-Inseln ihr neues Botschaftsgebäude in der australischen Hauptstadt Canberra bezogen. Der salomonische Au-

ßenminister Peter Shanel weihte das Gebäude Ende Oktober offiziell ein. Er sagte, Australien sei der nächste Nachbar der Salomonen und ein wichtiger Partner. Das neue Botschaftsgebäude sei nun einladend und repräsentativ und weise auf die guten bilateralen Beziehungen der Staaten hin.

Die neue Botschaft der Salomonen verbindet architektonisch Tradition und Moderne. Das Gebäude weist traditionelle Holzschnitzereien aus den einzelnen Provinzen der Salomonen auf und verfügt über einen großen Innenhof, der für Veranstaltungen genutzt werden kann. (*Radio Australia* 25.10.11)

## SPORT

### Marshall Islander gewinnt Extrem-Wrestling

**Colorado (USA):** Jeton „Zulu“ Anjain Jr. von den Marshallinseln hat die Meisterschaft in Extrem-Kampfsportarten, den „No Mercy Extreme Fight“ in Colorado Springs (USA) gewonnen. In der Gewichtskategorie bis 75 Kilo siegte der Wrestler nach der einstimmigen Meinung der Schiedsrichter und der Jury gegen Titelverteidiger Michael Valledor.

Der Präsident der „Marshall Islands Wrestling Federation“ sprach von einem „schönen Kampf“. Zulu habe seinen marshallischen Kampfgeist mit nach Colorado gebracht und verdient gewonnen.

Der 31-jährige Zulu hatte seine Wrestler-Karriere Anfang 2000 begonnen, als er bei den mikronesischen Spielen etliche Medaillen einheimste. Er lebt und trainiert nun in USA.

*Info:* Das Wrestling ist eine Mischung aus Sport und Theater, welche Athletik und Choreografie vereinigt. Der Sieger steht dabei

schon vorher fest, die Abläufe der Matches werden teilweise improvisiert. Zusätzlich wird der Kampf mit Showelementen und „Storylines“ angereichert. (*Marshall Islands Journal* 30.09.11, *Wikipedia*, <http://www.mixedmartialarts.com/f/AF69FB0F377A5638/Jeton-Zulu-Anjain/>)

### Australien gewinnt Bronze bei Rugby-WM

**Neuseeland:** Im „kleinen“ Finale der Rugby-Weltmeisterschaft besiegte Australien das Team aus Wales mit 21:18 und wurde somit Dritter der WM. Zuvor hatten die „All Blacks“ aus Neuseeland in einem packenden Finale Frankreich mit 8:7 geschlagen. Zum zweiten Mal nach 1987 konnte Neuseeland so den „Webb Ellis Cup“ in Empfang nehmen.

Für eine Überraschung im Laufe der WM sorgte Tonga, das in der Gruppe A mit den starken Gegnern Frankreich und Neuseeland sowie Kanada und Japan auf den dritten Platz kam. Den Tongaern gelang mit dem Sieg gegen Frankreich einer ihrer bedeutendsten Erfolge überhaupt. Gleichwohl verpassten sie die Qualifikation für die Finalrunde, dies aufgrund einer eher unerwarteten Niederlage gegen Kanada.

In der Gruppe D kamen Samoa auf Rang drei und Fidschi auf Rang vier. Den Samoanern gelangen zwei deutliche Siege gegen Fidschi und Namibia. In ausgeglichenen Partien gegen Südafrika und Wales verpassten sie jedoch die Gelegenheit, das Spiel zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Fidschi, das sich vor vier Jahren noch für das Viertelfinale qualifiziert hatte, enttäuschte. Nur gegen den Außenseiter Namibia gelang ein Sieg, den dritten Gruppenrang und damit die direkte Qualifikation für die WM 2015 verpassten die Fidschianer.

Immerhin schafften es zwei Pazifikinsulaner in die Statistiken: Kurt Morath aus Tonga erzielte 45

Punkte und war damit der drittbeste Spieler des Turniers. Vere-niki Goneva aus Fidschi machte in vier Spielen vier Versuche und kam ebenfalls auf den dritten Rang in der Statistik der Versuche.

Trotz des frühen Ausscheidens von Samoa, Fidschi und Tonga war die Stimmung auf den pazifischen Inseln auch während der Folgespiele anderer Rugby-Mannschaften bombastisch. Glaubt man den zahlreichen Facebook-Einträgen in dieser Zeit tanzten, feierten und tranken die Menschen auf den Inseln bei jedem Spiel. Viele luden Freunde zu Kava-Zeremonien ein oder sahen die Übertragung der Spiele in Bars und Restaurants. Die Begeisterung der Pazifikinsulaner für Rugby lässt sich vergleichen mit der Begeisterung der Deutschen für Fußball-Bundesligaspiele. Handy-Aufnahmen von französischen Zuschauern des WM-Endspiels zeigen eine ausgelassene und friedlich feiernde Menge.

*Info:* Die 7. Rugby-Union-Weltmeisterschaft (WM) fand vom 9. September bis 23. Oktober 2011 in Neuseeland statt. Die WM war die bisher größte Sportveranstaltung auf den Inseln. Man vermutet, dass bis zu 95.000 Besucher aus Übersee eigens zu den Spielen anreisten. In 48 Spielen kämpften 20 Nationen um den begehrten Titel. (Facebook, Augenzeugnis Sophie Greiller und Alexandre Barbier, diverse Sportkanäle, Wikipedia)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Ukulele-Star erobert Musikwelt

**Hawai'i:** Der Hawaier Jake Shimabukuro ist nach Meinung von Experten der beste Ukulele-Spieler der Welt. Als bisher einzigem Ukulele-Spieler überhaupt gelang es ihm, in das Opernhaus

wurde er zu einem Konzert in das Opernhaus von Sydney (Australien) eingeladen.

Der 35-Jährige begann bereits im Alter von vier Jahren bei seiner Mutter mit dem Erlernen der Mini-Gitarre. Später besuchte er die Ukulele-Schule von Roy Sakuma, wo er von Tami Akiyami unterrichtet wurde. Er spielte zunächst traditionelle hawaiische Musik und begann später, Stücke für andere Instrumente für die Ukulele zu transkribieren. Seinen internationalen Durchbruch in der Musikszene schaffte er mit einem Auftritt im New Yorker Central Park, wo er den bekannten Beatles-Song „While my guitar gently weeps“ (ursprünglich gespielt von George Harrison auf der Gitarre) coverte. Das Video von diesem Live-Auftritt entwickelte sich zu einem Hit auf dem Internet-Portal „YouTube“, es wurde dort bereits über neun Millionen Mal angeklickt.

Shimabukuros Musik ist eine moderne Version der traditionellen Ukulele in Richtung Indie. Auch Einflüsse des Jazz, des Rocks, des Folks und der klassischen Musik sind hörbar. Das aktuelle Album des Musiker „Peace Love Ukulele“ ist zurzeit die Nr. 1 der weltweiten Billboard Charts und beinhaltet Cover-Versionen von „Bohemian Rhapsody“ (Queen) bis hin zu Leonard Cohens „Hallelujah“.

*Info:* Die Ukulele (deutsch „hüpfender Floh“) ist ein gitarrenähnliches Zupfinstrument, das normalerweise mit vier, aber auch mit sechs oder acht Saiten bespannt sein kann. Sie ist bei gitarrenähnlichen Proportionen etwa 60 cm lang und 20 cm breit und vermittelt daher den Eindruck einer Spielzeuggitarre für Kinder. Sie entwickelte sich aus dem „Cavaquinho“, das portugiesische Einwanderer Ende des 19. Jahrhunderts von der Insel Madeira nach Hawai'i mitgebracht hatten. Shimabukuro spielt ausschließlich eine viersaitige Tenor-Ukulele des berühmten hawaiischen Herstellers Kamaka, die aus Koa-Holz gefertigt ist und von ihm mit

Saiten von D'Addario bespannt wird.

(The Epoch Times 31.10.11, Wikipedia, <http://jakeshimabukuro.com/home/>, diverse Musik-Videos auf YouTube)

### Samoanischer Film in Venedig ausgezeichnet

**Venedig:** Eine neuseeländisch-samoanische Filmproduktion ist bei der 68. Biennale in Venedig mit einem Preis in der Kategorie „Orizzonti“ (deutsch: Horizonte) ausgezeichnet worden. In dieser Kategorie standen 52 Filme zur Auswahl.

Der Film „O Le Tulafale“ (Der Erzähler) erhielt eine „spezielle Erwähnung“ (spezial mentions) in der Kategorie. Er wurde von dem samoanischen Filmemacher Tusi Tamasese gedreht, der seit Jahren in Neuseeland lebt. Finanziert wurden die Dreharbeiten in Samoa von der samoanischen Regierung sowie von der neuseeländischen Filmkommission.

„Der Erzähler“ beschreibt die traditionelle Form des Erzählens in Samoa sowie die Kunst des Rezipientens. Das 110 Minuten lange Drama wurde in Samoa mit einheimischen Laienschauspielern gedreht.

*Info:* Das 68ste internationale Filmfestival von Venedig fand vom 31. August bis zum 10. September im „Lido“ statt.

(Flash d'Océanie 14.09.11, <http://outnow.ch/Movies/2011/OLEtulafale/>)

### SpongeBob-Münzen aus Niue

**Niue:** Die von der Neuseeländischen Münzanstalt für die Insel Niue geprägten „SpongeBob“-Münzen werden Kinderherzen in Amerika erobern. Die Sonderedition, die in einer Auflage von 100.000 Stück geprägt wurde, zeigt auf der Vorderseite eingravierte Figuren der amerikanischen Comic-Serie „SpongeBob“ (ein gelber Schwamm) mit dem Text: „In SpongeBob we trust“, wobei diese Textzeile grafisch an

Wappensprüche von Staaten erinnert.

Auf der Rückseite der Münze befindet sich das Porträt der britischen Königin Elizabeth II., die Wertangabe „2 Dollars“ sowie das Wort „Niue“. Das Set kommt in einer braunen Holzschatulle, die an eine Piraten-Schatzkiste erinnert. Diese wiederum ist in einen Karton mit farbigen SpongeBob-Motiven eingepackt.

Das Set ist zwar erst ab Dezember erhältlich, doch erwartet der Vize-Präsident der amerikanischen Tochtergesellschaft der Münzanstalt einen Ansturm vor allem der Mütter, die das Set als Geschenk für ihre Kinder erwerben wollen.

*Info:* Niue erwarb im Jahr 2008 das Recht, eigene Münzen in der neuseeländischen Münzanstalt prägen zu lassen.

„SpongeBob“ ist eine US-amerikanische Zeichentrickserie, die 1998 von Stephen Hillenburg entwickelt wurde. Sie verzeichnet vor allem in den USA einen sehr großen Publikumszuspruch. Die Serie handelt von den Abenteuern eines gleichnamigen Schwamms, der mit weiteren Meerestieren in einer am Meeresgrund gelegenen Stadt lebt. Die Serie läuft seit 1999 ununterbrochen im amerikanischen Kindersender „Nickelodeon“.

*(Radio NZ. Intern. 29.10.11, <http://www.nzmint.com/spongebob/>)*

### Flaschenpost nach fünf Jahren gefunden

**Hawai'i:** Fünf Jahre hat eine Flaschenpost vom japanischen Kagoshima bis zur hawaiischen Insel Kauai benötigt. Das japanische Schulmädchen Saki Arikawa hatte die Flaschenpost am 25. März 2006 in einer nahe gelegenen Bucht bei Kagoshima ins Meer geworfen. In der Flasche befand sich ein Zettel mit einer Botschaft, vier Papierblumen und ein Foto der Grundschulklasse. Auf dem Zettel stand: „Ich habe

diesen Brief geschrieben, weil wir bald die Grundschule abschließen und ich eine Erinnerung wollte“.

Die unversehrte Flaschenpost wurde nun Mitte September von dem US-Soldaten Jon Moore bei Aufräumarbeiten auf dem amerikanischen Raketentestgelände „Pacific Missile Range Facility“ auf der Insel Kauai gefunden. Der Bootsmann der US-Navy will nun versuchen, das Mädchen in Japan ausfindig zu machen. *(Focus online, Boston Herald 16.09.11)*

### Geld per Handy-Überweisung

**Samoa:** In Neuseeland lebenden Samoanern wird es nun noch leichter gemacht, Geld an ihre Angehörigen in Samoa zu schicken. Der Kommunikationsanbieter Digicel hat Anfang Oktober sein Online-Überweisungsportal auch für Samoa frei geschaltet. Eine normale SMS reicht nun aus, in Sekunden Geld auf ein Konto zu überweisen. Der Service kostet für den Kunden nur drei NZ-Dollar und ist damit weitaus günstiger als z.B. die Überweisung über die Banken wie etwa Western Union. Mit dem auf dem Handy-Konto verfügbaren Geld kann der Empfänger sowohl Bargeld in einem der 35 Digicel-Geschäfte auf Samoa abholen, Rechnungen online bezahlen oder das Handy als „mobile Geldbörse“ nutzen, erklärte ein Digicel-Sprecher.

*Info:* Digicel ist pazifikweit der größte Mobilfunkanbieter mit Angeboten in Fidschi, Papua-Neuguinea, Nauru, Vanuatu, Tonga und Samoa. Anfang des Jahres hatte Digicel das „Digicel Mobile Money“ in Tonga eingeführt, bereits seit einem Jahr gibt es diesen Service in Fidschi.

*(Samoa Observer 07.10.11, <http://www.digicelmobilemoney.com/>)*

### Anschnallpflicht

**Marshallinseln:** Seit dem 19. September gilt in den Marshallinseln Anschnallpflicht für den Fahrer und den Beifahrer. Auf den hinteren Sitzen müssen keine Gurte angelegt werden. Am 18. März hatte das Parlament positiv über die Einführung der Anschnallpflicht im Personenverkehr entschieden, sechs Monate später trat das Gesetz in Kraft.

Um die Autofahrer auf das neue Gesetz hinzuweisen, hatte die Polizei bei Verkehrskontrollen in den letzten Monaten bereits auf die zukünftige Anschnallpflicht hingewiesen. Das Fahren ohne Gurt soll mit einer Geldbuße belegt werden.

*Info:* In Deutschland wurde die Anschnallpflicht am 1. Januar 1976 eingeführt. *(Marshall Islands Journal 26.08.11)*

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

#### Kirchen führend im Kampf gegen HIV/Aids

Etwa 45.000 Menschen sind in PNG mit dem HI-Virus infiziert, davon ca. 3.000 Kinder, mit einer durchschnittlichen Infektionsrate von 0,92 %. Die Kirchen erreichen etwa 65 % der Bevölkerung regelmäßig durch ihre verschiedenen Aktivitäten und sie sollten diese Potential und ihr enges Netzwerk nutzen, um die Menschen über HIV/Aids aufzuklären, betonte Wep Kanawi, der Direktor des National Aids Council während eines Workshops. „Seelen zu retten ist sicherlich die Hauptaufgabe der Kirchen, aber dazu gehört auch, Menschen vor Dingen zu retten, die ihr Leben bedrohen. Darum war es wichtig, dass die Kirchen große Anstrengungen unternommen haben, um

*HIV/Aids zu bekämpfen“.* (The National 12.10.11)

## Bildung muss auf dem Glauben basieren

Bildungs- und Erziehungsminister Theodore Zurenuoc legt großen Wert darauf, dass die Lehrpläne für alle Schularten auf den Prinzipien des christlichen Glaubens basieren. „Wir müssen alles dafür tun, den Standard unserer Schulausbildung anzuheben und den Anschluss an internationale Standards zu schaffen“, sagte er. „Die Lehre des christlichen Glaubens muss eines der Herzstücke in unseren Lehrplänen sein“, denn nur darauf lasse sich eine werteorientierte Gesellschaft aufbauen. Zurenuoc kritisierte damit eine nur von wirtschaftlichen Interessen geleitete Bildungspolitik, die zu einseitig nur auf wirtschaftlichen und technischen Erfolg setze. (The National 06.10.11)

## Schulkostenfreiheit auch für Privatschulen gefordert

Die Kirchen fordern, auch Privatschulen oder Schulen in kirchlicher Trägerschaft in das geplante für Schüler kostenfreie Schulsystem der Regierung mit einzubeziehen. Schüler und Studenten seien die Zukunft des Landes, betonte Gamar Iki, der stellvertretende Vorsitzende des Enga Council of Churches, deswegen müssten sie auch gleichermaßen gefördert werden, ob sie nun an staatlichen, an privaten oder an kirchlichen Schulen unterrichtet würden. (The National 20.10.11)

## ELC-PNG

### Lob für die Kirchen

Premierminister Peter O'Neill hat in seinem Grußwort an die Nationale Pfarrkonferenz der ELC-PNG in Port Moresby die Arbeit der Kirchen zum Wohle der Menschen gewürdigt. „Ohne die Ar-

beit der Kirchen wäre PNG nicht da, wo es heute ist“, sagte er voll des Lobes. Die Konferenz stand ganz im Zeichen des 125-jährigen Jubiläums lutherischer Mission in Neuguinea. O'Neill ist der erste Premierminister PNGs, der selber der lutherischen Kirche angehört. Die Regierung habe ungeahnte Reichtümer in ihre eigenen Taschen gewirtschaftet, was sich widerspiegle an schlechten Gesundheits- und Bildungseinrichtungen im Land, an miserablen Straßen und Häfen in vielen Teilen des Landes. „Unser Land hatte ein noch nie dagewesenes wirtschaftliches Wachstum während der letzten neun Jahre“, sagte er, „insbesondere durch den Export unserer Rohstoffe und Bodenschätze. Aber viele von Ihnen fragen sich, warum fast nichts davon in Ihren Dörfern und Distrikten ankommt. Es ist ganz einfach: wir haben den enormen Reichtum, mit dem wir gesegnet wurden einfach verprasst“. (The National 0 3.10.11)

## „Christus in der Familie“ 9. Nationale Pfarrkonferenz

Ende September hat die ELC-PNG ihre neunte Nationale Pfarrkonferenz in Port Moresby abgehalten. Sie stand unter dem Thema „Christus in der Familie“ und setzte sich insbesondere mit der Rolle der Kirche in der Wertebildung innerhalb der Gesellschaft auseinander. Angesichts des allgemeinen Zustandes des Landes sei es dringend nötig, christliche Werte wieder in den einzelnen Familien und damit in der gesamten Gesellschaft zu verankern und zu stärken, betonte Bischof Giegere Wenge. Darum wurden dieses Jahr zum ersten Mal auch die Pfarrfrauen mit eingeladen, denn bei dieser Aufgabe falle den Pfarrfamilien eine besondere Aufgabe zu. (Post Courier 27.09.11)

## Kirche ruft zu Frieden auf in Lae

Angesichts der jüngsten gewaltvollen Unruhen in Lae haben Bischof Giegere Wenge und die gesamte Kirche die Bevölkerung und auch die Polizei zu Besonnenheit und Friedfertigkeit aufgerufen. Gewehrkugeln seien keine Lösung gegen soziale Verwerfungen, Arbeitslosigkeit und Armut in manchen Teilen der Stadt. In Gottesdiensten in allen Gemeinden der Stadt wurden die Menschen dazu aufgerufen, sich gegenseitig als Schwestern und Brüder zu respektieren, auch wenn sie aus unterschiedlichen Regionen des Landes kommen. (The National 08.11.11)

## Kirchen unterstützen Vertriebene

Die Frauengruppe der Friedensgemeinde in Lae kümmert sich um vertriebene Hochländer, die am Rande einer Kaserne in Zelten untergebracht wurden, nachdem sie aus den von Hochländern und Küstenleuten heiß umkämpften Gebieten evakuiert werden mussten. Der ihnen zugefügte Gesamtschaden wird auf 1,9 Mio. Kina (650.000 Euro) geschätzt. Viele von ihnen hatten schon seit 20 Jahren in der Bumayong-Gegend gelebt, sind mit Küstenfrauen verheiratet und hatten sich ein kleines Geschäft als Existenzgrundlage aufgebaut. (The National 22.11.11)

## Schiffsbesatzungen gegen LuShip

Alle 100 Besatzungsmitglieder der Schiffe von Lutheran Shipping haben in einem gemeinsamen Schreiben die sofortige Absetzung ihres Geschäftsführers Agua Nombri gefordert. Sie werfen ihm vor, er würde sich nicht um die Sicherheitseinrichtungen der Schiffe kümmern, noch um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Besatzungen, oder um die Sicherheit der Passagiere.



„In den letzten zwölf Jahren hat er die größte Küstenschiffahrtsgesellschaft des Landes heruntergewirtschaftet und zukunftsweisende Investitionen versäumt“, heißt es in dem Schreiben an die ELC-PNG, die Eigentümerin von LuShip ist. Nombri war bereits im August letzten Jahres vom damaligen Vorstand suspendiert, aber nun erst kürzlich von einem neuen Vorstand wieder eingesetzt worden. (*The National* 15.11.11)

### Krankenpflegeschule geschlossen

Die Krankenpflegeschule des Braun Memorial Hospitals in Finschhafen nimmt ab sofort keine neuen Schüler/-innen mehr auf. Bereits aufgenommene Schüler/-innen können ihre Ausbildung aber noch abschließen. Grund für diese drastische Maßnahme sind die unzulänglichen Rahmenbedingungen. Unterkünfte, Klassenräume und Lehrmaterial müssten dringend erneuert werden, um den gewachsenen Anforderungen standhalten zu können. Die Provinz-Regierung hatte bereits 500.000 Kina zugesagt, diese aber nie ausbezahlt. Gemäß dem nationalen Gesundheitsplan der Regierung sollte die Schule die Zahl ihrer Studenten von derzeit 60 auf 120 verdoppeln, um eine gewisse medizinische Grundversorgung für das ganze Land sicherstellen zu können. „Eine gut qualifizierte Ausbildung ist aber wichtig, um später einen guten Service für die Menschen anbieten zu können. Dies kann nur erreicht werden, wenn auch gute Rahmenbedingungen für die Ausbildung bereitgestellt werden“, sagte Lengi Derring, der Leiter der Krankenpflegeschule. (*The National* 31.10.11)

### Wilson Waesa gestorben

Im Alter von 65 Jahren ist Wilson Waesa verstorben. Er stammte von der Insel Tolokiwa. In jungen Jahren hatte er beim Lutheri-

schen Gesundheitsdienst als Krankenpfleger angefangen, bevor er dann später dessen Leitung übernahm. Zuletzt war er Leiter der Human Resource Abteilung der ELC-PNG, bis er 2009 in Ruhestand ging. (*The National* 13.10.11)

## RÖM.-KATH. KIRCHE

### Bischofskonferenz zur Stabilität des Landes

Die Katholische Bischofskonferenz hat schwere Bedenken geäußert über den gegenwärtigen Konflikt zwischen der Exekutive und der Judikative des Landes. Beide hätten zusammen mit der Legislative dem Gemeinwohl des Volkes zu dienen und sich nicht gegenseitig zu bekämpfen. „Das Land hat bereits genug Probleme mit Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität uvm. Dies ist nicht die Zeit für politische Instabilität. Wir appellieren an unsere Führer, ihre Macht verantwortlich auszuüben und verloren gegangenes Vertrauen in die Regierung unseres Landes wieder herzustellen“. (*The National* 18.11.11)

### Kirche fordert Taten

Führende Bischöfe der Kath. Kirche fordern klare Taten von der neuen Regierung und nicht nur schöne Worte. Die Bischofskonferenz hat Korruption als „Killer-Krankheit, die bereits teilweise die Regierungssysteme unserer Nation zerstört hat“ gebrandmarkt. „Korruption ist ein sehr ernstes Problem, eine Krankheit, die zahlreiche Regierungsstellen, Politiker und Beamte erfasst hat ... Wir wollen jetzt nicht nur leere Versprechungen hören, sondern konkrete Schritte im Kampf gegen die Korruption sehen“, erklärte Erzbischof John Ribat. (*The National* 17.08.11)

## Gegen Gewalt gegen Frauen

Die Barmherzigen Schwestern in Mt. Hagen haben einen Protestmarsch gegen Gewalt gegen Frauen initiiert. Daran beteiligt haben sich zahlreiche Kirchengemeinden, Frauengruppen, Kinder- und Jugendgruppen. In Ansprachen und kurzen Anspielen wurde die Problematik thematisiert. (*The National* 24.11.11)

### Kath. Schwestern feiern 50 Jahre in PNG

Die Schwestern von Notre Dame feierten ihr goldenes Jubiläum in Banz mit einem eindrücklichen Fest, zahlreichen Ansprachen, musikalischen Beiträgen und einem Festgottesdienst. Die Gemeinschaft hat viel zur Bildung von Mädchen und Frauen beigetragen und seit einigen Jahren engagiert am Kampf gegen HIV/Aids teilgenommen. (*The National* 15.8.11)

## PAZIFISCHE KIRCHENKONFERENZ

Vom 26. bis zum 29. August hat die Pazifische Kirchenkonferenz am „Piula Theological College“ auf Samoa getagt, anschließend hat sie in Malua ihr 50-jähriges Jubiläum gefeiert. In ihrer offiziellen Verlautbarung befasst sie sich mit Themen wie Land, Selbstbestimmung, Kirche und Staat, Jugend, Bergbau und Abholzung, Ökumene, Wiedergutmachung für Opfer von Atomtests, Klimawandel und ökonomischer Gerechtigkeit. (*Verlautbarung der PCC vom August 2011*)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Erstes Treffen seit drei Jahren

**Fidschi:** Der Methodistischen Kirche Fidschis wurde zunächst seit drei Jahren erstmals wieder

erlaubt, ihre Jahreskonferenz abzuhalten, nachdem ihr dies von der Militärregierung bisher verboten worden war. Man rechnete mit einer strengen Überwachung, ob sich die Kirche auch tatsächlich nur an kirchliche Themen halten, oder ob sie sich in politische Fragen einmischen würde. Generalsekretär Rev. Tevita Banivanua sagte dazu: „*Es kommt darauf an, was man als politisch bezeichnet. Wir sind besorgt um die Armen, wir denken über Bildung und Gesundheit nach und das ist unweigerlich politisch. Wenn es aber nur um politische Parteien geht, dann haben wir nichts mit Politik zu tun.*“

Kurz vor der Konferenz wurde diese dann aber doch noch untersagt. Delegierte wurden wieder nach Hause geschickt. (*Radio New Zealand 16.08., 26.8.11*)

### Zwei Stunden für Kircheneinweihung

**Fidschi:** Für die Einweihung der neu errichteten „Colo-i-Suva Methodist Church“ wurden der Gemeinde gerade noch eine Stunde für den Gottesdienst und eine Stunde für die traditionellen Feierlichkeiten vom Militärregime zugestanden, nachdem die Veranstaltung eigentlich schon hätte untersagt werden sollen. Nur der Intervention der Dorfältesten war es zu verdanken, dass die Einweihung dennoch stattfinden konnte. (*Pacific Islands Report 29.8.11*)

### Besuch aus Kalifornien

**Fidschi:** In letzter Minute hat das Militärregime doch noch einen Besuch einer 27-köpfigen Besuchergruppe der Methodistischen Kirche in Kalifornien erlaubt, allerdings unter der strikten Auflage, dass sich die Partnerschaftsgruppe eng an den zuvor bewilligten Programmablauf halten müsse. Die Methodistische Kirche ist die größte christliche Denomination in Fidschi mit mehr als 36 % der Bevölkerung. (*PIR 13.10.11*)

## Gegen WTO-Beitritt

**Vanuatu:** Der Vanuatu Christian Council hat sich gegen einen Beitritt Vanuatus zur Welt-Handels-Organisation (WTO) ausgesprochen und die Regierung aufgefordert, die Entscheidung nicht zu ratifizieren. Der Vorsitzende anglikanische Bischof James Ligo sagte, die Regierung habe nicht genug getan, um die Menschen über die WTO und die Folgen eines Beitritts aufzuklären. Viele Länder hätten bereits die negativen Folgen eines solchen Beitritts zu spüren bekommen. (*Pacific Islands Report 03.11.11*)

## IN EIGENER SACHE

### Tagungshinweis:

23. – 25. März 2012

**Islands of Hope - Unterwegs zu einem freien und gerechten Pazifik**

**Internationales Symposium in Kooperation mit der Pazifik-Infostelle Neuendettelsau**

Der Pazifik ist nicht nur ein Paradies romantischer Träume. In seiner Schönheit und Biodiversität ist er auch ein umkämpfter Lebensraum. Aufgrund des Klimawandels werden seine Inseln ernsthaft bedroht und sehen „Land unter“.

Das Symposium thematisiert Grundfragen und Voraussetzungen eines selbstbestimmten, freien und gerechten Pazifik. Expertinnen und Experten geben Fallbeispiele und erörtern verschiedene Dimensionen des Themas. Wir fragen nach

- der politischen Überfremdung
- der Bedeutung von Menschenrechten am Beispiel West-Papua
- den Rechten von Frauen
- der Klimagerechtigkeit inmitten des Klimawandels

- der Rolle der Kirchen für eine gerechte Zukunft in der "Sea of Islands"

Schwerpunktländer sind der melanesische Raum und Samoa. Bei aller Pluralität der Inselstaaten wollen wir auch das verbindende Element der Völker entdecken.

Ort: Mission EineWelt, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau

Verantwortlich: Dr. Traugott Farnbacher, Dr. Claudia Jahnelt, Julia Ratzmann

Tagungskosten: € 120,00 (EZ), € 115,00 (DZ), € 72,50 (ohne Zi./ohne Frühstück)

Information und Anmeldung: Mission EineWelt, Referat Mission Interkulturell, Monika Heumann, Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874 91502, Fax 09874 93150, E-Mail [monika.heumann@mission-einewelt.de](mailto:monika.heumann@mission-einewelt.de); [www.mission-einewelt.de/Bildungsangebote](http://www.mission-einewelt.de/Bildungsangebote)

### Impressum:

Kein Pressedienst  
Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:  
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
• BBC News • Islands Business  
• Flash d'Océanie • National  
• Oceania Flash • Pacific Beat  
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand  
• Sydney Morning Herald • Tahiti-Press • The Lutheran  
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSTELLE

**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern  
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120